

Schweizerzeit

Bürgerlich-konservatives Magazin für Unabhängigkeit, Föderalismus und Freiheit

«**Ja** zur Schweiz»

Nein zu Grenzenlosigkeit und Anpassertum

2

«Seid ihr noch bei Trost!»

14

«Air2030» auf Zielkurs

16

Gadmerflüh BE

Bild: Heinz und Angelina Gerber, Thun BE



Zum 1. August: Kampf für eine freie, selbstbestimmte Schweiz

Nein zu Grenzenlosigkeit und Anpassertum

von Hans Fehr, a. Nationalrat, Eglisau ZH



Ein Stimmungsbild. Am Sonntag, dem 6. Dezember 1992, um die Mittagszeit, steigt die Spannung ins Un-erträgliche. Wird es Christoph Blocher, Otto Fischer und ihren vielen Mitstreitern gelingen, den verhängnisvollen EWR/EU-Beitritt – gegen die gesamte classe politique – abzuwenden? Sie haben monatelang, täglich oft an mehreren Veranstaltungen, bis zur Erschöpfung gekämpft. Doch bald kommt Erleichterung in unsere Reihen: Die EWR-Befürworter haben das Ständemehr nicht erreicht – und nach einigem Zittern steht fest: Wir haben auch das Volksmehr geschafft. Die souveräne Schweiz ist vorerst gerettet.

Dann wendet sich das Blatt. In der Folge des Mauerfalls vom 9. November 1989 und des Zusammenbruchs des Sozialismus machen sich eine naiv-blinde Friedenseuphorie, die Illusion von «kollektiver Sicherheit», ein schwärmerischer Glaube an politische Grossgebilde à la EU und ein grenzenlos-gutgläubiger Internationalismus breit. Wir sind angeblich nur noch von «Freunden umzingelt».

Die Armee wird massiv verkleinert und mehreren über-eilten, kopflosen Reformen unterzogen – bis hin zur «Weiterentwicklung der Armee» (WEA). Letztere ist nicht mehr in der Lage, ihren Kernauftrag gemäss Art. 58 BV zu erfüllen, der da lautet: «Die Armee dient der Kriegsverhinderung und trägt bei zur Erhaltung

des Friedens; sie verteidigt das Land und seine Bevölkerung». Auch der Beitritt zur politischen Uno wird im Jahre 2002 leider Tatsache – und heute drängt «Bundesbern» bereits in den Sicherheitsrat, wo wir

80 Jahre Rütli-Report

hf. In Zeiten höchster Gefahr, am 25. Juli 1940, also vor genau 80 Jahren, hat General Henri Guisan alle Kommandanten ab Stufe Bataillon aufs Rütli befohlen. Die Schweiz war nach der Kapitulation Frankreichs von den Achsenmächten eingeschlossen. Guisan erläuterte den Offizieren die Notwendigkeit des Réduit (Halten des zentralen Alpenraums mit der Gotthardachse, Verzögerungskampf ab Landesgrenze) und rief sie, bei einem teils wankenden Bundesrat, zum unbedingten Widerstand auf.



Der legendäre Rütli-Report, eine ausserordentlich mutige Tat des Generals mit enormer Symbolkraft, wurde von Zeitzeugen wie folgt beschrieben: Die Offiziere standen im Halbrund um die Fahne des Urner Bataillons 87, als der General betonte: «Unsere Unabhängigkeit und all das, was wir als unverwechselbar schweizerisch empfinden, kann nur durch die Bereitschaft zum bedingungslosen Widerstand bewahrt werden. Was vor wenigen Wochen noch unvorstellbar war, ist heute möglich: Wir können von allen Seiten angegriffen werden.» Linke Historiker haben später das Réduit vom bequemen Lehnstuhl aus als «Demutsgeste» gegenüber Hitler zu disqualifizieren versucht. Entscheidend ist: Die Réduit-Strategie war erfolgreich. Das Schweizer Volk sowie 300'000 Internierte und Flüchtlinge blieben von den Schrecken des Krieges verschont.

Gott sei Dank befinden wir uns heute in einer andern Situation. Aber auch heute und morgen brauchen wir eine starke Milizarmee, die unsere Freiheit und Unabhängigkeit schützen und verteidigen kann. Vielleicht brauchen wir wieder eine Art «Rütli-Report» – damit verschiedene Politiker aufwachen und erkennen: Die Sicherheit hat ihren Preis, die Wehrlosigkeit einen noch viel höheren!



**Murmeltiersalbe
von Exmonte**

– Preis-Leistungs-Sieger

exmonte@bluewin.ch
www.exmonte.ch
062 875 27 40

in krasser Verletzung der Neutralität über Krieg und Frieden mitentscheiden müssten.

Das folgenschwere Jahr 2005

Das Jahr 2005 hat es erst recht «in sich»: Am 5. Juni wird das Schengen/Dublin-Abkommen gutgeheissen, dessen horrenden Folgekosten und gravierenden Mängel der Bundesrat im Vorfeld systematisch unterschlagen bzw. schöngeredet hat. Das Schengen-Evangelium «Die Binnengrenzen dürfen an jeder Stelle ohne Personenkontrollen überschritten werden» – im Verbund mit miserabel gesicherten Aussengrenzen und einer untauglichen Asylpolitik – entfaltet fortan seine fatale Wirkung. Illegale Grenzübertritte nehmen massiv zu. Scheinflüchtlinge, die eine bessere Lebensperspektive suchen, kommen zu Hunderttausenden nach Europa, und Zehntausende auch in die Schweiz. Die Asyl- und Sozialkosten steigen drastisch an – nun immer mehr auch zulasten unserer Gemeinden. Zuwanderer und «Flüchtlinge» aus fremden Kulturen, die zum Teil noch mittelalterliches Scharia-Recht kennen, bilden gefährliche Parallelgesellschaften.

Im Schicksalsjahr 2015 wird Merkel-Deutschland («Wir schaffen das!») von Migranten (Neudeutsch für Scheinflüchtlinge) geflutet, und auch die Schweiz bekommt «ihren Anteil» ab. «Wissen Sie, wer die Kanzlerin schliesslich gerettet hat?» fragte uns der ehemalige

LACHEN VERBOTEN!



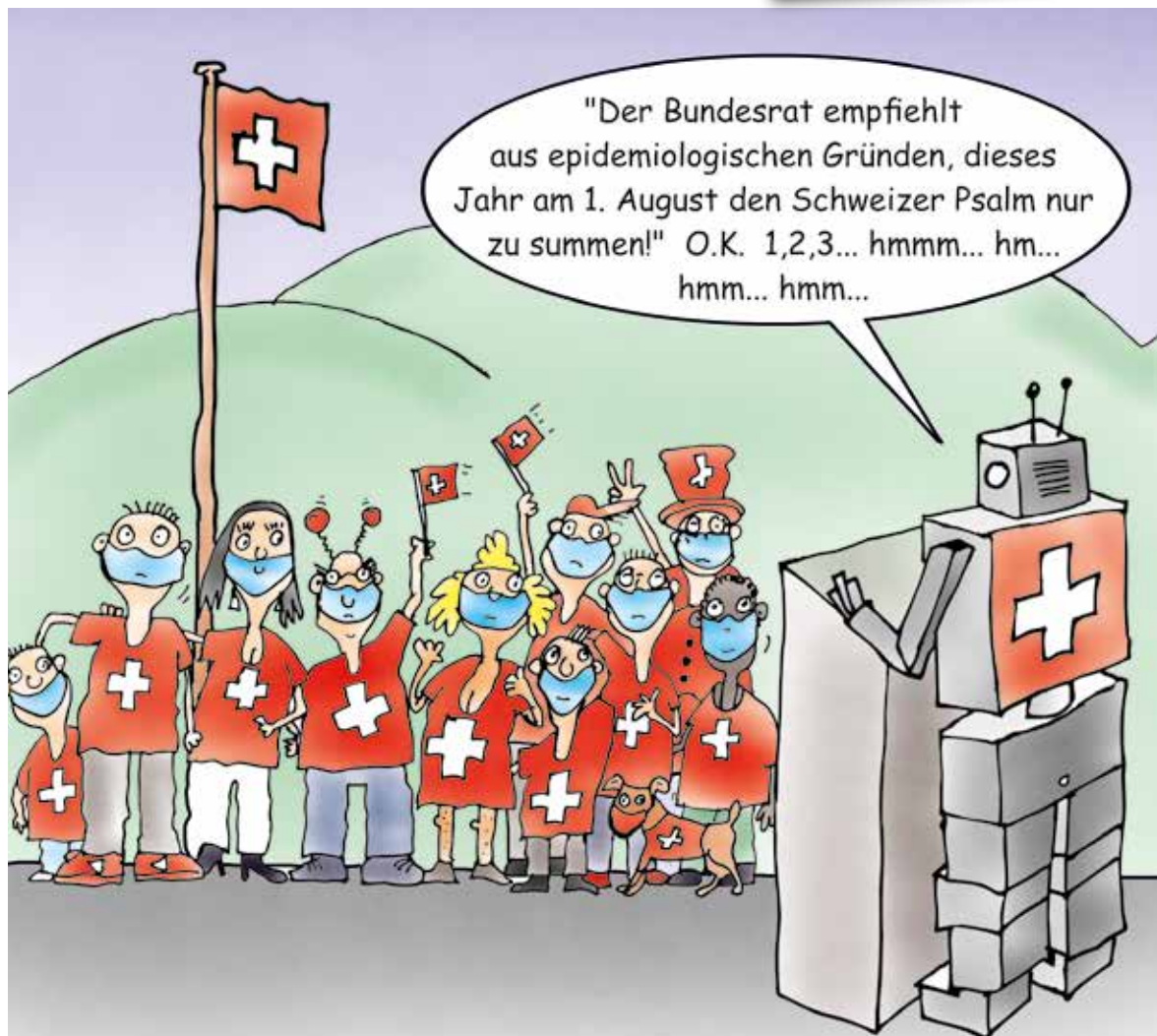
Die Chatz hät der Müüs (die Maus) welle fanga. Das Müüsli rännt in Todesangst dervo. Die Chatze hinde dry. Das Müüsli zitteret und flüchtet in Chüestall. Die Chatze hinde dry. Das Müüsli rännt über de Rügge vo där Chüe und über de Chüeschwanz an Bode abe. Die Chüe hät Erbarme mit däm arme Müüsli – und plätsch – lat si lättere und deckt das Müüsli züe. Nur där Schwanz hät na es bitzeli üsegglüegt. Da chunnt di Chatz, gseht där Schwanz, zieht das arme Müüsli üse und frisst's üf. Und die Lehre üs där Gschicht? Erschte Lehre: Nicht e jeder, wo dich zämmeschisst, mänt's schlächt mit der. Zwöite Lehre: Nicht e jeder, wo dich üsem Dräck üszieht, mänt's güet mit der. Und die dritte Lehre: Wenn dü scho im Dräck inne hocksch, zieh wenigstens der Schwanz i.

Bundesinnenminister Otto Schily, SP, bei einem Treffen in Berlin. «Es war Mazedonien. Dieser Balkanstaat hat damals den weiteren Zustrom von Migranten Richtung Mitteleuropa durch die Sperrung seiner Grenze weitgehend unterbunden.» Von Brüssel werden jedoch jene

Fortsetzung auf Seite 4

Bundesfeiern 2020, sofern sie überhaupt stattfinden

cartoonexpress.ch
Martin und Jürg Guhl



Länder, welche die Schengen-Aussengrenze tatsächlich sichern (Beispiel Ungarn) absurderweise gemassregelt.

Am 25. September 2005 wird die Weiterführung der Personenfreizügigkeit mit den 15 «alten» EU-Staaten sowie ihre Ausdehnung auf die zehn neuen EU-Oststaaten mit 56 Prozent Ja- gegen 44 Prozent Neinstimmen gutgeheissen – wiederum begleitet von honigsüssen Versprechungen aus Bundesbern und gleichzeitig von Drohungen über angeblichen wirtschaftlichen Niedergang bei einem Nein. Ab 2007 gilt die volle Freizügigkeit. Am 9. Februar 2014 wird die Volksinitiative «gegen Masseneinwanderung» gutgeheissen. Damit wird die eigenständige Regelung der Zuwanderung zu gültigem Verfassungsrecht. In skandalöser Missachtung der direkten Demokratie wird dieser Volksentscheid von Bundesrat und Parlament in der Folge jedoch sabotiert.

Und die Konsequenz? Anstelle der vom Bundesrat behaupteten höchstens acht- bis zehntausend Zuwanderer pro Jahr sind in den vergangenen 13 Jahren eine Million zusätzlicher Ausländer (netto) in die Schweiz gekommen. Die gravierenden Folgen (Verbetonierung, Kulturlandverlust, verstopfte Strassen, überlasteter öV, zunehmender Energieverbrauch, strapazierte Infrastruktur, Verdrängung von älteren Schweizer Arbeitnehmern durch «billigere» Ausländer, sowie massiver Anstieg der Arbeitslosigkeit, der Sozialkosten und der Ausländerkriminalität)

Churz & Bündig

Den «Mohrenkopf» haben die demonstrierenden Sprachwächterinnen und Sprachwächter bereits verboten. Ebenso das «Zigeunerschnitzel». Wie lange geht's noch, bis auch der «Führerschein» unzulässig wird?

www.schweizerzeit.ch

sind hinlänglich bekannt. Darum ist ein Ja zur Begrenzungs-Initiative am kommenden 27. September ein Muss.

Die Schweiz-Abschaffer

Das neu zusammengesetzte Mitte-links-Parlament – im Verbund vorab mit den Bundesrätinnen Keller-Sutter (FDP) und Sommaruga (SP), Gewerkschaften und Economiesuisse – droht nun auf Jahre hinaus die Grundlagen unserer Freiheit, Selbstbestimmung und unseres Wohlstands zu zerstören. Die heimatmüden Schweiz-Abschaffer suchen kleinmütig und unterwürfig die Anbindung an die EU, sie predigen die Grenzöffnung und -abschaffung, fördern eine masslose Zuwanderung, überdehnen und zerstören den Sozialstaat, frönen «Multikulti» und überziehen den staatstragenden Mittelstand mit zusätzlichen und höheren Steuern und Abgaben.

Und nun, mit dem Einzug des gefährlichen Corona-Virus', fühlen sich die selbsternannten Weltverbesserer erst

MEILENSTEIN

ARBEITEN ▼ ERLEBEN ▼ GENIESSEN ▼ SCHLAFEN



➤ EIN EINZIGARTIGES ZENTRALES ERLEBNISHOTEL

Das 4-Sterne-Hotel Meilenstein mit 85 exklusiven Doppelzimmern bietet eine inspirierende Szenerie für geschäftliche oder private Aufenthalte im Herzen der Schweiz.

- Diverse Restaurants lassen kulinarisch keine Wünsche offen
- Faszinierende Unterwasserwelt im Aquarium Langenthal
- Exklusives Fahrzeug- und F1-Museum mit Fahrzeugen aus aller Welt
- Bowling- und Billiard-Freizeitspass für Private, Firmen und Vereine
- Eigenes Wellness- und Sportcenter für aktive Freizeitgestaltung



Lotzwilstrasse 66 | 4900 Langenthal | Tel 062 919 18 18
info@dermeilenstein.ch | www.dermeilenstein.ch

recht im Aufwind. Statt die Grenzen (die für sie ohnehin nicht mehr zeitgemäss sind), systematisch zu kontrollieren, feiern sie antidemokratische Höhenflüge. Endlich kann die Obrigkeit schalten und walten, wie sie will, auch wenn mit dem wirtschaftlichen Stillstand viele Betriebe und Existenzen zugrunde gehen und die Schuldenlast explodiert. Und fast alle Medien, angeführt von Radio und Fernsehen SRF, wirken als willige Umerziehungsanstalten in Richtung sozialistisch anmutender Gleichschaltung («Schön, dass alle Masken tragen müssen»). Man fühlt sich teilweise in DDR-Zeiten versetzt.

Die Nationalstaaten lösen die Probleme

Dennoch müsste eine zentrale Erkenntnis, insbesondere aus dieser Pandemie, jeder Bürgerin und jedem Bürger die Augen öffnen: Grossgebilde à la EU, unverhältnismässige staatliche Eingriffe und internationalistischer Grössenwahn haben kläglich versagt. Es sind die Nationalstaaten, welche innerhalb ihrer Grenzen erfolgreich gegen die Pandemie antreten, effiziente Massnahmen treffen und überhaupt, in Wahrung grösstmöglicher Freiheit, die Probleme lösen. Und jedermann sollte erkennen: Grenzen und systematische Grenzkontrollen sind unverzichtbar. Sie schaffen Klarheit, wer innerhalb dieser Grenzen die Verantwortung trägt: Es sind nicht irgendwelche Funktionäre in Brüssel, sondern die demokratisch gewählten Verantwortlichen der Nationalstaaten – und letztlich die Bürgerinnen und Bürger, die laut Gottfried Keller selber vor die Haustür treten und für Ordnung sorgen müssen.

Darum bin ich trotz allem zuversichtlich für die Zukunft unseres Landes. Trotz vieler heimatmüder Kreise in und um Bundesbern werden sich die positiven Kräfte in der Schweiz wieder durchsetzen. Viele Bürgerinnen und Bürger, darunter zahlreiche junge Leute, sehen wieder den Wert unserer einzigartigen politischen Struktur – die fundamentale Bedeutung von Freiheit, Unabhängigkeit und Selbstbestimmung. Und sie erkennen: Ohne das Besondere und Einzigartige unseres Landes – ohne seine ausgeprägten Volks- und Freiheitsrechte – wäre unser Kleinstaat nur noch klein. Kämpfen wir also mit aller Kraft dafür, dass die Schweiz – auch im Hinblick auf die Abstimmungen vom 27. September – unsere Schweiz bleibt!

Hans Fehr



Ihr Inserat

in der Schweizerzeit:

Nehmen Sie mit mir Kontakt auf.
Jederzeit und unkompliziert.

Markus Rezzonico
Inserate-Akquise
SVP-Delegierter
AUNS-Mitglied

Mobile: 079 332 61 61
markus.rezzonico@dietschi.ch

Kritiker und Schweiger



Wenn Firmen, die nach der Corona-begründeten vielwöchigen Stilllegung bedeutender Wirtschaftszweige heute mit existenzbedrohenden Tatsachen konfrontiert sind und ihre Belegschaften oder Teile davon per Mail auf unumgängliche (Massen-) Entlassungen vorbereiten müssen, fahren ihnen Medienausrufer lautstark an den Karren – als wüssten voraus informierende Firmenleitungen nicht, wie im Fall konkreter Betroffenheit von einer Kündigung rechtsgültig vorzugehen sei.

Wenn die Bundesrats-Mehrheit – genau im Bild über für viele Branchen höchst schwierige Entwicklungen – trotzdem der Masseneinwanderung erneut Tür und Tor öffnen will, was Entlassene oder von Kündigung Bedrohte noch weit schärferer Konkurrenz am Arbeitsmarkt aussetzt, dann verfallen die gleichen Medien penetrantem Schweigen. Vor Brüssel-devoten Bundesräten stecken Medienmacher ihre Köpfe in den Sand – auch wenn genau darob möglicherweise Zehntausende in noch viel grössere Schwierigkeiten am Arbeitsmarkt geraten, als ihnen die vom Bund verfügte Wirtschafts-Stilllegung ohnehin schon bereitet.

**Spalte
rechts**

Und was ordnen – auffällig unkritisch von den Medien begleitet – rot-grüne Stadtregierungen an «zum Wohle» von Bewohnern, denen aus der Masseneinwanderung erst recht Arbeitslosigkeit droht? Solche Bedrohung lässt Rot-Grün kalt. Um so eifriger frönen sie ihrer jedwede Mobilität verunglimpfenden Ideologie – und versauen vorsätzlich jenen den Geschäftserfolg, die noch Gewinn erwirtschaften, Entlassenen eventuell gar neue Arbeitsplätze zuhalten könnten. In Ideologie gefangen, verdoppelt Rot-Grün die Parkgebühren, auf dass Bewegungsfreiheit – Elixier für erfolgversprechendes Wirtschaften – möglichst eingeschnürt werde. Auf dass Kunden der Zugang zu Waren verbaut und Warentransporten der Eingang in die Städte durch mobilitätsfeindliche Schikanen zumindest massiv und kostentreibend erschwert werden. Kameras, Mikrofone und Zeitungsspalten bleiben den so schikanierten und ausgenommenen KMU-Unternehmern verschlossen. Der Bundesrat – Verursacher der Wirtschaftskrise – geht achselzuckend über all die gewerbezerstörende Schikaniererei hinweg.

Allein ein Ja zur Begrenzungs-Initiative am 27. September stoppt diese Schweiz-feindliche Ausverkaufspolitik von Medien und Bundesbern.

Ulrich Schluer

Melania Trump

Frauenrechte für rechte Frauen?

von Hermann Lei, Kantonsrat, Frauenfeld

Frauen sollen im öffentlichen Leben nicht diskriminiert werden. Ausser sie sind rechts. Dann dürfen sie in den Systemmedien sogar «Prostituierte» genannt werden.



«Ich bin sicherlich einer der am meisten schikanierten Menschen der Welt», sagte die Ehefrau von US-Präsident Donald Trump in einem Interview mit dem Sender ABC, «wenn Sie wirklich sehen, was Leute über mich sagen.» Und in der Tat: Während die Begleitmedien vor allem linke Frauen gerne unter Denkmalschutz stellen, kann Melania Trump als Gattin eines rechten

Politikers nicht auf Schonung zählen. Im Gegenteil: Sämtlicher Dreck der Erde ergiesst sich über sie. Beispiele gefällig?

«Vergrösserte» Brüste für alte Männer

Im «Tagesanzeiger» vom 16.6.2020 darf eine mir bislang unbekannte «Schriftstellerin Katharina Tiwald» unter dem böartigen Titel «Das erinnert manche an Prostitution» ihre Geschlechtsgenossin abwerten. Unter einem Bild, das suggerieren soll, dass Melania Trump ihre «vergrösserten» Brüste alten weissen Männern zeigt. Die Art, wie sie ihren Körper einsetze und als Kapital verstehe, sei typisch postsowjetisch. Sie gebe Schönheit und kriege dafür Luxus, lesen wir über die «Trophäe». «Melania war ein Model Ende 20, das keine guten Angebote mehr bekam. Erst als sie mit Trump liiert war, machte ihre Karriere gewaltige Fortschritte», stellt der «Tagesanzeiger» sie abwertend als Ostblock-Katalogfrau hin, welche für Gucci-Handtäschchen die Beine breit macht.

«Das erinnert manche an Prostitution»

Sie gibt Schönheit und kriegt dafür Luxus: Schriftstellerin Katharina Tiwald hat den Aufstieg von Melania Trump vom Model zur First Lady analysiert.

Linus Schöpfer
@L_Schoepfer



Fähigkeiten im Shoppen perfektionieren

Und nicht nur das: Sie sei eine Kollaborateurin, die ihre Schönheit in Trumps Dienst stelle. Obwohl selbst Migrantin, unterstütze sie die fragwürdige Migrationspolitik ihres Mannes. «Nein, unschuldig ist sie sicher nicht.», weiss der Tagi. Oder doch? Im Tagi ist man sich nicht so sicher: «Die reale Melania Trump wird aber wohl eher nicht ausbrechen. Dafür hat die Frau das Streben nach Luxus und Bequemlichkeit zu sehr verinnerlicht.» Nach dem Tod von Donald Trump werde Melania vielleicht «auch einfach ihre Fähigkeiten im Shoppen perfektionieren und sich die Tage damit ausfüllen.»

«Belangloser Mensch»

Auch im Nachbarland Österreich wird an der Frau kein gutes Haar gelassen. «Deutsch konnte sie damals kein Wort, Englisch auch nicht wirklich», lesen wir im «Kurier». «Sie hat einfach gerne gelogen», wird ein Model-Agent zitiert, «der auch weiss, dass Melanie aus sehr einfachen Verhältnissen kommt». Es ist «selten ein so belangloser Mensch durch mein Leben gegangen», meint der Model-Scout, der schnell gespürt habe, dass sie nicht das Zeug für eine grosse Modelkarriere habe. «Heutzutage muss man ja nicht intelligent sein, um erfolgreich zu sein», weiss das liberale Blatt.

«Angebliches Supermodel»

Auch die liberalen Blätter in der Schweiz pflegen dieselbe Sprache: Gemäss «CH Media» – einem Joint Venture von NZZ-Mediengruppe und AZ Medien – von Mitte Juni hat die «die gebürtige Slowenin «fast keine persönliche Freunde und verlangt von ihrem Umfeld eiserne Loyalität.» Sie sei ein «angebliches Supermodel, das einen Universitätsabschluss besitzt und fünf Sprachen spricht. Nichts davon stimmt.» Stattdessen sei es der «hübschen jungen Frau aus dem kommunistischen Jugoslawien» einfach gelungen, «sich im Westen neu zu erfinden».

Respekt und Mitgefühl

Melania Trump, das Dummchen vom Lande, die «Prostituierte» aus dem Ostblock, hat schon 2018 eine Kampagne lanciert, um Kindern beizubringen, dass sie verbal oder online «ihre Worte überlegt wählen und mit Respekt und Mitgefühl sprechen müssen». Vielleicht färbt das ja auch auf die Eltern ab. Der Tagi jedenfalls hat seinen Artikel «Das erinnert manche an Prostitution» inzwischen umgetauft in «Melania ist kein Opfer». Der Inhalt ist derselbe geblieben. Rechte Frauen haben eben nicht dieselben Rechte wie alle anderen.

Hermann Lei

Mehr Schweiz – jetzt erst recht!



Ja zur Begrenzungsinitiative – zuerst für uns selber schauen.

Auf www.randvoll.ch holen Sie sich News zur Begrenzungsinitiative!

Ja zum neuen Kampfflugzeug – für den Krisenfall gerüstet sein.

Auf www.schweiz-jetzt.ch können Sie Ihren Standpunkt publizieren – diskutieren Sie mit.

Vorname _____

Name _____

Strasse _____

PLZ _____

Ort _____

E-Mail _____

**AUNS
ASIN
ASNI**

JA
ZUR
BEGRENZUNGS-
INITIATIVE

Danke für Ihre
Unterstützung!



Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz

Seit 1986 kämpfen wir leidenschaftlich und kompromisslos für die Schweiz.

☐ Ich möchte unverbindliche Infos.

Gute Sache. Ich trete gleich bei:

☐ Mitglied (Jahresbeitrag 45 Fr.), ☐ Gönner (100 Fr.)

☐ Sympathisant (freier Beitrag)

Ich bestelle kostenlos:

☐ Expl. Broschüre «Wie viele Menschen wollen wir in unserem Land? – ein Weckruf» von Ständerat Thomas Minder

☐ Expl. Prospekt «Ja zur Begrenzungsinitiative»

Unsere Adresse:

AUNS, Postfach, 3822 Lauterbrunnen
Tel. 031 356 27 27, aktion@auns.ch

Dringende Spenden: AUNS
PC-Konto: 30-10011-5
IBAN CH91 0900 0000 3001 0011 5

Leserbriefe

Fehlende Führungserfahrung

(Zum Artikel «Ist der Armeechef noch tragbar?» von Ernst Lampert, SZ 13/2020). Ich hatte von Anfang meine Zweifel, ob Herr Süssli, der neue CdA, über genügend Erfahrung und Kenntnisse verfügt. Keine private Firma würde einen Abteilungsleiter unterer Stufe unter Umgehung der ganzen Hierarchie zum CEO befördern. Die Armee tut es. Und das Ergebnis? Keiner der bisherigen CdA vermochte zu überzeugen. Einer war ein überragender Luftwaffenspezialist, verstand aber wenig von der Bodenarmee. Sein Nachfolger hatte eine Flababteilung geführt und wurde dann Chef der Armee. Wie kompetent er war, musste ich an einem Rapport der militärischen Milizverbände erfahren. Er meinte damals, man müsse den Verteidigungsauftrag heute modern als «Helfen, Retten, Schützen» interpretieren. Ich entgegnete ihm, dann könne man die Armee abschaffen und die Feuerwehr schicken.

Ich will nicht in Eigenlob verfallen. Aber ich war sehr dankbar für die lange Führungserfahrung, bis ich Korpskommandant wurde. Es waren 1'700 Dienstage als Milizler bis zum Brigadier sowie die Erfahrungen als Generalstabsoffizier, Unterstabschef und Stabschef. Daneben erlebte ich vier Gesamtverteidigungsübungen, die mein Verständnis für die Komplexität der Sicherheit sehr geprägt haben. Wo holen sich die heutigen CdA diese Erfahrung? Im Weiteren werden meine grundsätzlichen Vorbehalte zur Funktion «Chef der Armee» zunehmend bestätigt. Warum braucht die Armee in Friedenszeiten eine Einerspitze? Diese widerspricht unseren demokratischen Grundsätzen. Aus meiner Sicht müsste der Posten

des CdA aufgehoben und die Verantwortlichkeit wieder einem Gremium der höchsten Offiziere übertragen werden. Ein kollektives Wissen würde Fehlleistungen eines einzelnen Amtsinhabers verhindern oder zumindest erschweren.

Simon Küchler, Korpskommandant aD, Steinen SZ

Ich sage, was mir passt

In unserem Staat, für den mein Vater in seinen besten Jahren 1'500 Dienstage unter oft misslichen Bedingungen an der Grenze geleistet hat, und für den ich pünktlich meine Steuern einzahle, benenne ich noch alles so, wie ich will und nicht so, wie es unsern linken Medien und den Zugewanderten genehm ist. Sollte es einer Anzahl von Schwarzen, Gelben, Roten nicht passen, so sollen sie dorthin gehen, wo sie hergekommen sind. Vielleicht stimmt es dort für sie besser.

Sepp Pfiffner, Hausen a. A.

Tödliche Personenfreizügigkeit

Im Zusammenhang mit der Beurteilung der Coronapandemie ist es offensichtlich, dass die masslose Personenfreizügigkeit bei der Grenzgängerei nicht vertieft analysiert wurde. Tatsache ist: Die Infektionen im Kanton Tessin liegen 40 Prozent über dem schweizerischen Durchschnitt (Einfluss aus Oberitalien) – in der Westschweiz sind es gar 87 Prozent (Einfluss aus Savoyen und Elsass). In der Deutschschweiz lag die Zahl der Infektionen viel tiefer, nämlich auf dem Niveau von Oesterreich. Von den 1'958 Toten in der Schweiz entfällt nur ein Viertel auf die 63 Prozent der Einwohner der Deutschschweiz. Man könnte daraus schliessen, dass die Covit-Infektionen zur Hauptsache eine «romanische» und keine «alemanische» Angelegenheit sind, warum auch immer. Fest steht: Die zu spät eingeschränkte Personenfreizügigkeit bei Grenzgängern brachte uns massive Covit-Probleme und hunderte unnötige Tote.

Hans Georg Lips, Kreuzlingen



Bricklebrit

Die EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen sucht einen Esel. Natürlich einen der besonderen Art. Er soll sein wie «Tischlein deck dich!» in Grimms

Märchen. Dort heisst es: Wenn du ihn auf ein Tuch stellst und sprichst: «Bricklebrit», dann speit dir das gute Tier Goldstücke aus – hinten und vorn. Noch nie war die EU dringender auf einen solchen Goldesel angewiesen als heute. Die Brüsseler EU-Kommissare wissen, dass die Schweiz ein «Goldesel» ist – und sie wollen ihn unbedingt haben. Aus ihrer Sicht ist das schon richtig, doch der Goldesel gehört dem Schweizervolk. Einige Politiker und Wirtschaftsmanager, welche den Goldesel hüten und pflegen sollten, kommen ihrer Aufgabe nicht nach. Mit verräterischen Lockrufen wie «Rahmenabkommen, Marktzugangs-Abkommen, Konsolidierungsabkommen oder Bilaterale 3» wollen sie ihn dem Schweizer Volk abluchsen, damit ihn Brüssel verschern kann. Würde dies gegen jede Vernunft gelingen, wäre letztlich der Bürger der Esel.

Peter Schnyder, Ennenda

Zur «Schwarzenbachologie»

Dr. Schlürer muss niemand was in Sachen Schwarzenbach (SZ Nr. 12) vormachen. Nicht nur Clanmitglieder in der NZZ und «Tüpfis» beim Fernsehen äussern sich inkompetent. In einer Berner Dissertation zum Thema «Rechtspopulismus» von A. Storz (2019) bewahrheitet sich, dass auch die «wissenschaftliche» Literatur dilettantisch abgefasst zu sein pflegt. Auch auf den Seiten, wo ich die «Ehre» der Erwähnung finde, wimmelt es von Fehlern und Ungenauigkeiten. Die parteiinternen Schwarzenbach-Kritiker bezeichneten ihn nie als «Nazi», auch aus Wikipedia sind entsprechende Angaben nicht haltbar. Eines muss man dem komplexen und zum Teil vielverleumdeten politischen Literaten Schwarzenbach lassen: Er war geistig, intellektuell, stilistisch und vom Gesamthorizont wohl allen, die bisher «wissenschaftlich» über ihn gearbeitet haben, haushoch überlegen.

Pirmin Meier, Schwarzenbach-Kritiker 1973, Aesch LU

STICHWORTE ZUR TAGESAKTUALITÄT

Rechtsungleichheit

Unverständlich ist die Laissez-faire-Politik der Behörden. Angefangen bei SP-Gesundheitsminister Alain Berset und aufgehört bei den Behörden der linken Städte lassen die politischen Verantwortungsträger illegale Partys, Demonstrationen und unkontrollierte Einreisen zu und gefährden damit grobfahrlässig die Gesundheit aller Menschen in der Schweiz sowie den Wohlstand unseres Landes. Partygänger, Demonstranten und Linke nehmen offensichtlich auch weitere Corona-Tote in Kauf, nur um das Party-Vergnügen nicht zu stören.

Hinzu kommt, dass offenbar zweierlei Recht gilt: Während die einen völlig unbehelligt feiern, legen die Behörden der Gastronomie und dem Gewerbe mit strikten Schutzkonzepten derart Fesseln an, dass viele Betriebe gar nicht oder kaum wirtschaftlich arbeiten können. Eine solche Ungleichbehandlung darf in einem Rechtsstaat nicht vorkommen.

(SVP, 30. Juni 2020)

Dschihadismus

Auf Platz 3 der terroristischen Bedrohungen rangiert der dschihadistische Islam, der 2019 für 21 Terrorakte in der EU verantwortlich war, von denen allerdings 4 scheiterten und weitere 14 von den Sicherheitsbehörden vereitelt wurden. Dennoch haben bei den drei erfolgreichen Attentaten zehn Menschen ihr Leben verloren. Alle Terrortoten, die 2019

in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union registriert wurden, gehen damit auf das Konto von Islamisten: Jeweils vier in Frankreich und den Niederlanden, zwei weitere in Grossbritannien. 436 Personen aus diesem Milieu, die terroristischer Aktivitäten beschuldigt werden, sind 2019 verhaftet worden, die mit Abstand meisten davon in Frankreich, nämlich 202. Gleichzeitig wurde ein Drittel aller aufgeführten oder versuchten Terrorakte in der EU auf französischem Boden begangen.

Diese Zahlen verdeutlichen einmal mehr, dass Frankreich mit seinen ausgeprägten Parallelgesellschaften als Folge einer verfehlten Einwanderungspolitik längst zu einem für ganz Europa gefährlichen Hotspot des radikalen Islamismus geworden ist. (...)

Fazit: Legt man die Zahl der Opfer zugrunde, stellt der Dschihadismus nach wie vor die grösste terroristische Bedrohung in Europa dar.

(Kopp, 28. Juni 2020)

Grüne Pädophilie

Viele Jahre lang taten sich die Grünen schwer, sich gegen Mitglieder abzugrenzen, die pädophile Aktivitäten verharmlosen wollten. Grüne Aktivisten haben Pädophilie programmatisch vertreten, indem von 1979 bis in die 1990er-Jahre hinein immer wieder versucht wurde, Kinderschändern Straffreiheit zu gewähren und einschlägige Schutzparagrafen im (deutschen) Strafgesetzbuch (§ 176 Sexueller Missbrauch von Kindern; § 177 Sexuelle Nötigung, Vergewaltigung; § 174 Sexueller Missbrauch von Schutzbefohlenen; § 173 Beischlaf zwischen Verwandten) abzuschwächen oder gar abzuschaffen. Wäre all dies verwirklicht worden, hätten die Kinderschänder wahrlich in einem Paradies gelebt.

Das ging viele Jahre lang durch, doch schliesslich wurde der öffentliche Druck so gross, dass die Grünen sich dazu entschlossen mussten, ihre eigene «Pädophilen-Geschichte» wissenschaftlich aufarbeiten zu lassen.

(Michael Grandt, Kopp, 13. Juni 2020)

Zahlen

Und wieder wird das Volk hinters Licht geführt. Der BR hat die Dauer der Kurzarbeit zu Beginn (!) der Corona-Panik von 3 auf 6 Monate verlängert. Also bis ca. Ende September. Die Statistikdaten liegen dann noch nicht vor; logisch, im Hinblick auf die Begrenzungs-Initiative sollen diese verschleiert werden. Sie werden erst Ende November erscheinen! Aktuell sind ca. 180'000 Arbeitnehmer arbeitslos. Das Seco gibt dafür eine Arbeitslosenquote von 3,4% an. Nochmals so viele sind Ausgesteuerte, die in der Statistik nicht enthalten sind! Also beträgt die Arbeitslosenquote heute schon fast 7%.

In der Corona-Hysterie ging die Masseneinwanderung munter weiter. Die Nettozuwanderung aus der EU stieg um satte 45% im ersten Quartal, bei Massen an Kurzarbeitern im Lande. Der Einmarsch läuft bereits wieder wie geschmiert. Wo sollen denn die Einwanderer hin? Dort, wo die Schweizer bereits arbeitslos sind? Direkt in die Sozialhilfe?! Aber davon will Frau KKS nichts hören. Sie beschäftigt sich auf dem Höhepunkt der Krise mit der Prüfung der staatserhaltenden Frage, «wie Liebespaare in gefestigten Beziehungen trotz Grenzschiessung nach Dies- und Jenseits gelangen können.»

(Tis Hagmann, Wochenbericht 27/20)

brother MFC-L9570CDWT:

DAS TOP-FARB-MULTIFUNKTIONS-GERÄT

- robust, schnell und perfekte Qualität
- brillante Farb-Qualität, grosses Touch-Display
- druckt, scannt (bis 100 S./min.), kopiert, faxt
- 5 Jahre VorOrt-Garantie dank MPS
- vollautomatisierte Zustellung Supplies
- 1000 Farbseiten kosten fix Fr. 79.86
- 1000 s/w-Seiten kosten fix Fr. 13.40

Fr. 1299.00 mit 2 Kassetten

Fr. 250.00 Cashback
Fr. 250.00 Eintausch
Fr. 799.00 Netto-Aufwand



OCoTex AG
- 041 799 50 00

Edle Weine

Vom Genuss zum Geschäft

Die «Schweizerzeit» im Gespräch mit Hans-Jakob Senn, Vins Précieux

Firmen und Persönlichkeiten, die in der «Schweizerzeit» inserieren, wecken die Neugier der Redaktion.



Dies war das Motiv für einen Besuch bei Herrn Hans-Jakob Senn im zürcherischen Erlenbach, Inhaber der Firma Vins Précieux, die 2020 Ihr vierzigjähriges Jubiläum feiert.

Schweizerzeit: Herr Senn, Sie bieten hochklassige Champagner, Burgunder- und Kap-Weine an – Weine aus Frankreich und Südafrika.

H.-J. Senn: Regionen, wo edle Weine produziert werden, kenne ich. Berühmte Wein-Produktionsgebiete zu erkunden, war seit jeher meine Leidenschaft und ist heute Grundlage meines Geschäfts. Ich will mich nicht verzetteln und konzentriere mich auf Burgunderweine, auf Champagner und auf Weine aus Südafrikas Kap-Region. Die von mir im Burgund bevorzugte Region ist Vosne-Romanée, das Epizentrum der grossen Rotweine.

Meine Frau und ich kennen das Burgund seit 45 Jahren, pflegen Freundschaften, degustieren. All unsere Amis Bourguignons haben KMU-Betriebe, sind nicht Händler. Die meisten Produzenten vertreten wir allein in der Schweiz.

Qualitätsweine

Die von uns empfohlenen Weine bewegen sich nicht im Billig-Segment. Doch kann ich hochklassige, qualitativ exzellente Weine anbieten zu Preisen bereits unter zwanzig Franken. Das Hauptangebot bewegt sich um die fünfzig Franken und darüber.

Wie entstehen Qualitätsweine?

Qualität entsteht, wo sorgfältig gearbeitet und geerntet wird – von Hand! Maschinen ernten alles, was rund ist. Also gelegentlich auch «Hüslischnägge», die auf den Trauben sitzen.

Wer Wein schätzt, nimmt sich für den Genuss von Wein Zeit. Auch sorgfältige Ernte beansprucht Zeit. Ich gewinne selbst dem Corona-Virus Positives ab; endlich hatte man Zeit, zu Hause einen guten Wein in aller Ruhe zu geniessen.

Import: Anlass zu Kritik?

Erfahren Sie als Importeur guter Weine Anfeindungen von Seiten schweizerischer Produzenten – zum Zeitpunkt, da selbst der sonst krampfhaft auf «Weltoffen-

heit» setzende Bundesrat zum Konsum inländischer Produkte anhält?

Anfeindungen zur Tatsache, dass ich edle Weine importiere, habe ich bis heute nie erfahren. Auch weil ich mit dem Qualitäts-Segment, das ich anbiete, Schweizer Weine kaum konkurrenzieren. Bedrohung erfährt der Schweizer Wein aus dem Massenimport von Billigweinen aus Italien, Spanien, Argentinien usw.

Mittels Schutzzöllen zu versuchen, edlen Weinen den Weg in die Schweiz zu versperren: Diese Politik ist gescheitert. Zur Zeit des Waadtländer Bundesrats Jean-Pascal Delamuraz wurde, nachdem der Import erleichtert worden war, versucht, mittels Kontingentierung Importe hintenherum wieder zu erschweren – mit dem lächerlichen Ergebnis, dass Jahreskontingente im Wettrennen der Importeure bereits am 4. Januar ausgeschöpft waren. Schutzzölle führen dazu, dass im davon geschützten Land Qualitätsanstrengungen erlahmen.

Man muss wohl anerkennen, dass es Geniesser gibt, die Hochwertiges schätzen, woher auch immer es kommt. In der Schweiz steigt der Weinkonsum – allerdings nicht unbedingt der Konsum sehr edler Weine. Der Import edler Weine beeinträchtigt den Konsum von Schweizer Wein offensichtlich nicht. Es hat Platz für beide.

Gepfefferte Sprüche

Ihr Jahresprospekt mit den von Ihnen angebotenen Weinen ist gespickt mit kernigen, nicht selten auch angriffigen Zitaten. Zum Beispiel:

*«Wird einer jung vom Tod getroffen,
heisst's, er hätt' sich totge...
Stirbt aber einer von den Alten,
heisst's, die Reben haben ihn erhalten.»*

Das kennzeichnet die Art, wie wir unseren Kunden begegnen. Das Leben erschöpft sich nicht in nüchterner Sachlichkeit. Spritziges, manchmal mit Dornen versehen, gehört dazu. Zum Beispiel:

«Gute Freunde erkennt man daran, dass sie da sind, wenn sie uns brauchen.»

Auch Aufmunterndes verbreiten wir:

«Ein Winzling, genannt Corona-Virus, pflügt die ganze Welt um, die ganze Welt! Versuchen wir, der gegenwärtigen Hektik mit Gelassenheit zu begegnen. Mit einem guten Glas Rotwein.»

Politik

Stehen Sie mit der Politik eher auf Kriegsfuss? So, wenn man Ihren Spruch liest:

«Mit einer Lüge kann ein Politiker auf Dauer nicht leben. Ein paar mehr braucht es schon.»

Mit kleinlichen Bürokraten, die meine Freiheit beschneiden, kann ich nun einmal nichts anfangen. Bürokratie und Weingenuss schliessen einander aus. Sage ich das, dann schätzen das meine Käufer.

Weinschwemme?

Zurück zum Wein: Weingenuss war dort in der Schweiz, wo Wein nicht angebaut wird, früher eher selten – und für Festivitäten, besondere Familienfeiern reserviert. Heute wird Wein mehr und mehr zum Volksgetränk. Abendliche Gespräche bei einem Glas Rotwein gehören zum Alltag.

Das stimmt durchaus. Der Weingenuss nimmt zu. Der Genuss von Bier stagniert. Wir konzentrieren uns freilich auf Produzenten, die nicht allzu grossflächig anbauen, dafür ihre Tropfen sorgfältig betreuen. Das ist das Geheimnis edler Weine.

Wie kommen Sie zu Kunden?

Fast ausschliesslich durch Mund-zu-Mund-Propaganda. Wer bei uns einkauft, bleibt uns treu – über Jahre

und Jahrzehnte. Und er erzählt Freunden, woher er seinen Wein bezieht. Von solch persönlicher Werbung lebt meine Firma. Gelegentlich findet uns einer im Internet, wenn er genau den Wein sucht, den wir anbieten.

Wie beurteilen Sie den Klimawandel?

Der Klimawandel, eine gewisse Klima-Erwärmung begünstigt den Weinanbau sicher. «Miserable Jahre», wie sie schweizerische Weinanbauregionen in der Vergangenheit aufgrund verregneter Sommer immer wieder zu bewältigen hatten, gibt es kaum mehr. Nur Frühjahrsfröste und Hagelschlag sind noch zu befürchten.

Über die generelle Verteufelung des sogenannten Klimawandels schüttle ich den Kopf. Seit es menschliche Geschichte gibt, hat sich das Klima immer wieder verändert.

Erwärmung und Erkaltung haben sich abgewechselt. Darauf hat sich die Menschheit einzustellen. Lautstarkes Lamentieren darüber bringt nichts.

Herr Senn, herzlichen Dank für dieses Gespräch; Prost!

Das Interview mit Hans-Jakob Senn führte Ulrich Schlürer.



Vins Précieux

H. J. Senn S.A.

CH-8703 ERLNBACH

www.vinsprecieux.ch

044 910 41 61

seit 40 Jahren



Herausragende Weine

Exzellente
Grand Cru Champagner
zu vernünftigen Preisen

Auserlesene
rote und weisse
Burgunder Weine

Erstaunliche Weine
vom Kap der
Guten Hoffnung

Polizei in Deutschland

Fussabtreter der Nation

von Markus Melzl, ehem. Kriminalkommissar und Sprecher der Staatsanwaltschaft Basel-Stadt



An einer Versammlung der deutschen Partei «Die Linke» forderte eine Anwesende, man möge doch bitte ein Prozent der reichsten Deutschen erschliessen. Später wurde dieser Tötungsvorschlag als lustiger Spruch verharmlost. Hätte bei einer AfD-Versammlung (Alternative für Deutschland) jemand die Ermordung von Asylanten gefordert, wäre es zu Strafanzeigen, Protestmärschen und Lichterketten gekommen.

Nachdem im August 2018 im deutschen Chemnitz ein Mann von einem Flüchtling durch Messerstiche tödlich verletzt worden war, kam es zu heftigen Demonstrationen. Dabei haben einige Manifestanten den Hitlergruss gezeigt und gegen Flüchtlinge gehetzt. Von den Medien wurden daraufhin sämtliche Teilnehmer der Manifestationen in die rechte Ecke gestellt und als Nazis diffamiert. Eine Zeitung schrieb damals, dass sich jeder Demonstrierende automatisch mit den Nazis solidarisiere.

Und nun ist es kürzlich im beschaulichen Stuttgart zu heftigen Ausschreitungen gekommen. Unzählige Polizistinnen und Polizisten wurden teilweise erheblich verletzt, Einsatzfahrzeuge der Polizei beschädigt und massenweise Läden geplündert. Am darauffolgenden Tag sah die Innenstadt von Stuttgart wie nach einem Bombeneinschlag aus. In den sozialen Medien tauchten Videos auf, auf denen zu sehen ist, wie Polizisten zusammengeschlagen und Polizeifahrzeuge abgefuckelt werden. Bei den ins Netz gestellten Filmchen konnte man die Randalie auch akustisch verfolgen. Und da hörte man Sprechchöre mit Aussagen «ACAB» (all cops are bastards), ein von Linkshaoten regelmässig verwendeter Begriff und – wer hätte das gedacht – den Ausruf «Allahu akbar».

Das war natürlich der Worst Case für die Oberen von Baden-Württemberg. Das Land selbst hat einen grünen Ministerpräsidenten – und Stuttgart einen Oberbürgermeister, der ebenfalls dem Bündnis 90/Die Grünen angehört. Jetzt hätte man ja nach der sattsam bekannten Pauschalisierung von Chemnitz den Mob von Stuttgart als ein widerliches Zusammengehen von Linkshaoten und muslimischen Migranten bezeichnen müssen. Solche Verallgemeinerungen sind in Deutschland natürlich nur gegen rechts zulässig, und nun war Fantasie und Erfindungsreichtum gefragt.

Und schon bald war die Lösung mit dem tollen Begriff «Party- und Eventszene» gefunden. Obwohl Polizisten krankenhaushausreif geprügelt wurden, handelt es sich of-

fenbar um einen «Partyplausch». Wie niedlich. Man hat auch sofort in der Person von Professor Mathias Rohe einen Islamwissenschaftler gefunden, der die Allahu akbar-Rufe als Aktion von Dummköpfen hinstellte, denen «nichts Besseres eingefallen ist». Zudem handle es sich um einen Gebetsruf, der nach Meinung Rohes «nicht im Zusammenhang mit Plünderungen und Randalen missbraucht werden» darf.

Uff, da hat man im rot-grünen Baden-Württemberg noch mal Glück gehabt! Dass die Leitung der Stuttgarter Polizei diese Sprachregelung übernehmen musste, war wohl den politischen Vorgesetzten geschuldet. Dass ein Grossteil der Polizeibeamten die Lage völlig anders, nüchterner und auch realistischer einschätzt, hat die Deutsche Gewerkschaft der Polizei GdP bewiesen. So schrieb Thomas Moor, Vorsitzender der GdP in Mannheim von einer Verharmlosung des Grundproblems. Und für ihn ist klar, dass die Krawalle von «überwiegend migrantischen Jugendlichen, Heranwachsenden, aber auch Erwachsenen» ausgelöst wurden. So sprechen in der fraglichen Nacht in Stuttgart eingesetzte Polizeibeamte von «testosterongeladenen jungen Männern, mehrheitlich mit Migrationshintergrund, die in der Gruppendynamik schnell eskalieren».

Nachdem die SPD-Chefin Saskia Esken der Polizei latenten Rassismus vorgeworfen und sie deutschlandweit unter Generalverdacht gestellt hatte, schlug kurz darauf eine Kolumnistin der linken deutschen Tageszeitung «taz» vor, alle Polizisten «auf der Müllhalde zu entsorgen». Als Gegendruck kam, erklärten die taz-Macher diesen Schmähbeitrag nach links-grüner Manier schnell zur Satire. Diese geistigen Brandstifter sind mitverantwortlich für Angriffe auf die Polizei. Auch in der Schweiz müssen wir wachsam sein, damit diese negative Entwicklung nicht (noch mehr) auf unser Land überschwappt.

Markus Melzl



ZANETTI
CH-7742 POSCHIAVO
 Telefon 081 844 09 08
 Telefax 081 844 10 20
 Mail: info@zanettispecialita.ch
www.zanettispecialita.ch

Filiale Bahnhof Chur
 (nur 1 Minute vom
 Billettschalter entfernt)
 Telefon 081 253 60 60

Kantonales Bedrohungsmanagement KBM



Unter der omnipräsenten Sorge der Schweizer Bevölkerung vor möglichen Terroranschlägen, wie Resteuropa sie schon erlebte, arbeitet der Bund am Instrumentarium «Kantonales Bedrohungsmanagement KBM». Gemäss Bundesrat wird das KBM als Präventivmassnahme geschaffen, um «ausländische Gefährder» zu erken-

nen. Eine gute Sache, möchte man meinen. Zumal diese Vorsichtsmassnahme ja nicht nur die Schweizer Bevölkerung schützt, sondern durch Informationsweitergabe an andere europäische Staaten, vornehmlich Deutschland, auch Ihnen wirksame Prävention ermöglicht.

Schliesslich bestätigen Migrationsexperten in Europa, dass ein Zusammenhang besteht zwischen Flüchtlingskrise und Terrorgefahr. So ermittelte das Meinungsforschungsinstitut «Ifop» im Auftrag der deutschen «Friedrich Ebert Stiftung e.V.», dass die Mehrheit der Europäer zu Recht glaubt, die Migrationsströme seien wirtschaftlich bedingt und unsere Aufnahmebereitschaft bewirke eine Sogwirkung.

Ziehen europäische und eigene «Gutmenschen und Multi-Kulti-Phantasten» in ihrem Willkommens-Wahn nun endlich die Lehre und erkennen, was offenkundig ist? Tatsache ist: Die öffentliche Sicherheit in den von Migrationsströmen

überfluteten Ländern ist auf tiefstes Niveau gesunken. Die Schweizer Kriminalstatistik zeigt: Muslimische Zuwanderer tragen Gewalt in die Gesellschaft (s. «Weltwoche» – die Red.). Und in- und ausländische Gewalttäter wähen sich im rechtsfreien Raum. Speziell Zuwanderer aus dem Nahen Osten und dem nordafrikanischen Maghreb verweigern jede Eingliederung.

Zum Beispiel: Erstmalig in der Geschichte Deutschlands trafen in zehn Städten des Landes Bombendrohungen gegen zahlreiche Justizstellen und Gerichte gleichzeitig ein. Die Bewohner flohen in Panik. Bundeskanzlerin Angela Merkel: «Das Recht auf Asyl kennt keine Obergrenze.»

Und bei uns? Die Schweizer Regierung weigert sich konsequent, gezielte Zerstörung in den Innenstädten, abgeackelte Autos, Gewaltakte gegen Polizei und Sanität wahrzunehmen, wie sie ebenso das Heer von Migranten negiert, die illegal ins Land kamen – und bleiben dürfen.

Aus solcher Erkenntnis hervor sollte der Handlungsgrundsatz für die Schweiz lauten: «JA zu gemässiger Zuwanderung und humanitärer Hilfe. NEIN zur Masseneinwanderung und zu offenen Grenzen».

Charly Pichler

pichler@thurweb.ch

Die Schweiz muss neutral bleiben



Eine meiner ersten direkt miterlebten Volksabstimmungen war die Uno-Beitrittsabstimmung im März 2002. Als damals junger Politiker habe ich hierzu an Podiumsdiskussionen teilgenommen. Ich war ein klarer Gegner des Uno-Beitritts. Das Abseitsstehen der Schweiz war damals mit dem Konzept der Neutralität zusammenhängend. Als die

Schweiz 1920 dem Völkerbund beitrug, optierte der Bundesrat für eine «differenzierte Neutralität», wonach die Schweiz politisch neutral war, aber an Wirtschaftssanktionen teilnahm. Als 1939 der Zweite Weltkrieg ausbrach, kehrte die Regierung zur integralen Neutralität zurück.

Die Frage der Neutralität stand ebenfalls im Zentrum meiner Argumentation. Insbesondere die Einsitznahme in den Uno-Sicherheitsrat sprach gegen die Mitgliedschaft. Der Sicherheitsrat ist ein politisches Gremium, er trifft alle wesentlichen Entscheidungen. In der aktuellen geopolitischen Lage zerreiben sich die drei Weltmächte USA, Russland und China dort regelmässig. Kaum ein Konflikt auf dieser Welt, in den nicht eines dieser Länder verwickelt ist und mit einem Veto den Sicherheitsrat lahmlegen kann.

Damals wurde auf Podien argumentiert, dass es nicht um die Mitgliedschaft im Sicherheitsrat gehe, sondern nur um den Uno-Beitritt. Nun, knapp 18 Jahre danach, hat sich der Bundesrat um einen Sitz im Sicherheitsrat beworben. Was interessiert Politiker ihr Geschwätz von gestern?

Eine Mitgliedschaft im Sicherheitsrat wäre aus Neutralitätsgründen fatal. Stellt sich die Schweiz bei Abstimmungen hinter die USA? In eine Gegenposition zu Russland oder China? Eine solche Parteinahme hätte Auswirkungen auf die bilateralen Beziehungen zu Ländern. Deshalb macht ein Beitritt für uns keinen Sinn. Eine besondere Stärke der Schweiz war immer ihre neutrale Haltung. Wir sollten uns nicht in fremde Händel einmischen. Nur so können wir in Konflikten glaubwürdig vermitteln – wie wir es immer wieder auch zwischen den USA und dem Iran tun.

Ein Argument der Befürworter ist nun, dass die Zeit dafür reif sei. Hier zitiere ich gerne unseren damaligen Präsidenten, den heutigen Bundesrat Ueli Maurer. Er sagte in der Zeitung «SVPja» folgendes: «Die Zeit sei reif». Um Himmels willen! Gibt es wirklich eine Zeit, die reif ist, um die Freiheit und Unabhängigkeit aufzugeben? Die Freiheit und Unabhängigkeit ist das höchste Gut der Menschen, ist das wichtigste Gut eines Volkes, eines Staates.» Diesen weisen Worten kann man sich heute noch vorbehaltlos anschliessen.

Joël Thüning, Grossrat des Kantons Basel-Stadt

Greta und die Gnadenlosigkeit der Klima-Religion

«Seid ihr noch bei Trost!»

von Peter Hahne, Publizist

Ja, Deutschland war einmal Mass und Mitte. Doch heute sind wir nicht mal mehr Mittelmass. Wir exportierten einst begehrte Güter und Dienstleistungen in alle Welt.

«Made in Germany» war das gefragteste Gütesiegel rund um den Globus. Doch nicht nur Materielles gehörte zum Export aus dem Land der Erfinder und Entdecker, der Dichter und Denker.

Hier wurde der Buchdruck erfunden, die Bibel begann ihren Siegeszug, die Botschaft des Evangeliums erreichte die entlegensten Völker. Goethe, Schiller, Thomas Mann gaben ganzen Epochen Mass und Mitte. Aus Deutschland kam Bach, der Fünfte Evangelist. Zuletzt ein Papst, den ich immer scherzhaft als meinen intelligentesten Leser bezeichne. Persönlichkeiten, die die Welt verändert und geprägt haben.

Was ist davon geblieben? Nicht mal Mittelmass! Die deutsche Hauptstadt schafft es noch nicht einmal, einen Flughafen zu bauen. Ein schreiendes Symbol für den Niedergang! Volksparteien droht die Auflösung. Das Internetvideo eines blau gelockten Jünglings aus Wuppertal reicht, um eine Traditionsparterie hilflos aus den Angeln zu heben.

Vier lange Tage brauchte die Partei Konrad Adenauers und Helmut Kohls, um endlich (und falsch) zu reagieren. Die Quittung kam binnen Tagen, bei der Europawahl.

Auch die Kirchen marschieren mit, sind kein Bollwerk mehr gegen eine Inflation des Zeitgeistes. Ihre Botschaft ist beliebig und belanglos geworden, verwechselbar und konturenlos. Wenn alles gleich gültig ist, wird bald alles gleichgültig. Einst boten sie ihr einzigartiges Kapital, das sie konkurrenzlos wichtig macht: Hoffnung über den Tod hinaus. Bildung, die ihren Namen verdient.

Der Reformator Martin Luther und der Pietist August Hermann Francke haben das Schulwesen begründet und entwickelt. Das Christentum als gesellschaftsprägende Kraft mit nachhaltiger Wirkung. Doch jetzt geht's lawinenartig abwärts. Beispiel Hamburg: Im Jahr 2019 hat die dortige Katholische Kirche weitere Schulen geschlossen. Was für ein Signal! Abschied des Christentums aus der wichtigsten Einflusszone. Und kein Aufschrei geht durchs Land.

Statt auf die viel beschworene Nachhaltigkeit zu setzen, begnügt man sich mit dem kurzfristigen Silberstreif einer Sternschnuppe namens Greta. Schliesslich hat sie ja auch mal ein Jahr mit der Schule ausgesetzt, um das Klima zu retten. Dass man jedoch

für Klimaforschung Mathematik, Physik und auch ein bisschen Ethik braucht, hat sich wohl noch nicht überall herumgesprochen. Schüler reduzieren die ohnehin mangelnde Bildung auf eine Viertageweche. Was braucht man Wissenschaft, wenn das Herz den Ton an gibt und doch Demonstrationen reichen, um dem Klimaschutz Nachdruck zu verleihen. Da schaden Bildung und Fakten nur. Der jüdische Publizist Henryk M. Broder spricht von einer «Infantilisierung der Politik».

Das muss man erst mal hinkriegen: als 16-Jährige fast die gesamte Wissenschaft zu willigen Gefolgsleuten zu machen oder zum Schweigen zu bringen. Höhepunkt: die versammelte UNO-Prominenz, die dem vierminütigen nervenden Greta-Geschrei betroffen und betreten zuhörte, als handele es sich um die Offenbarungen von Fatima.

Keiner fragte, wer warum und wozu diesem Kind diese Tirade aufgeschrieben und sie mit ihr eingeübt hat. Aber warum auch? Gretas Mutter schreibt in der offiziellen Biografie: Greta könne CO₂-Moleküle riechen. Wenn das kein Grund zur Heiligsprechung ist.

Ich, Jahrgang 1952, lasse mich jedenfalls nicht von dieser Klimasekte als Umweltsünder beschimpfen,



Der hier abgedruckte Artikel von Peter Hahne ist – mit freundlicher Genehmigung des Quadriga/Bastei-Lübbe-Verlags in Köln – dem kürzlich erschienenen Bestseller «Seid ihr noch ganz bei Trost!» entnommen, und zwar dem Kapitel «Greta und die Gnadenlosigkeit der Klima-Religion».

Beachten Sie den «Büchertisch» mit Bestelltalon auf den Seiten 22/23 der heutigen «Schweizerzeit».

Peter Hahne war während vieler Jahre Moderator des ZDF.

von Kindern, die elektronisch hochgerüstet und mit Flugreisen verwöhnt sind. Wenn einer nachhaltig gelebt hat, dann meine Generation: Zu Fuss zur Schule, defekte Kleidung gestopft, Essen nach Jahreszeit aus der Region, Spielen in der Natur und nicht auf Konsolen, Ferien mit dem Fahrrad... Seltene Erden, die von Kinderhänden gewonnen und als Schrott wie der nach Afrika entsorgt werden, habe ich nicht verbraucht. Nein, so haben wir nicht gewettet!

Wie peinlich: Leibhaftige Kirchenführer stehen hilflosverzückt am Strassenrand und jubeln den Klima-Kids zu, als gäbe es kein Halten. Was brauchte man auf dem Evangelischen Kirchentag in Dortmund 2019 Jesus, wo man doch Greta und Angela hatte. Ein führender Theologe meinte – und es hörte sich an wie aus einer fernen Zeit –, es habe dort völlig Jesus-freie Gottesdienste gegeben.

Doch viel schlimmer: Bischöfliche Blasphemie schreckt nicht davor zurück, Greta und ihre Gefolgschaft mit Jesus, dem Heiligen Geist oder zumindest mit Propheten zu vergleichen. Man fasst es nicht, wenn man diese anbiedernden, peinlichen und primitiven Vergleiche im Internet aufruft. Als seien es Fake News.

Tja, vielleicht will die geschundene Funktionärsseele auch nur etwas von der Liebe abbekommen, die der kindlichen Klimagöttin entgegenstrahlt. Einmal umjubelt, einmal nicht kritisiert oder ausgepiffen werden. Einmal nicht an die Missbrauchsskandale denken oder die Gebote Gottes, die man (irrtümlich!) als lebensfeindlich empfindet. Endlich einmal nicht Spielverderber und Spassbremse genannt werden. Kirchen, die Mass und Mitte verloren haben. Kirchenführer, die lieber alles über Bord werfen, nur um ein mal im grossen Konvoi des Zeitgeistes geliebt zu werden. Wie erbärmlich.

Mir sagte einmal ein lebenserfahrener Pfarrer: Wenn die Kirche von der Welt bejubelt wird, hat sie etwas falsch gemacht.

Einige meinen sogar, Jesus wäre auch mitmarschiert, zumindest im Geiste. Nur haben diese Leute vergessen, dass der damals zu Fuss durch Israel wanderte und auf einem Esel nach Jerusalem ritt. Umweltfreundlicher geht es nicht. Er wurde nicht im Klima killenden SUV seiner Mutter vor die Schule gefahren, den Anhänger der letzten Flugreise noch am Rucksack baumelnd.

Ach, à propos Esel: Den wollten politisch korrekte Tierschützer aus den Oberammergauer Passionsspielen verbannen. Offizielle Alternative: Ein E-Roller. Ja, Gott hat die Oberstübchen tatsächlich unterschiedlich möbiliert: Die Akkus sind doch ein CO₂-Schlag gegen die Umwelt.

us

Das *Referendum* gegen die *Entlassungs-Rente* ist *lanciert*

www.entlassungsrente-nein.ch



Churz & Bündig

Im Rahmen der medial emporgejubelten «Demo-Welle 2020» soll auch Churchill, der Sieger über Hitler, vom Sockel gestürzt werden.

Wollen uns die schreienden Demonstranten auf die Auferstehung Hitlers vorbereiten? Oder haben sie einfach den Verstand verloren?

*

Der damalige Bundesrat etikettierte 1992 den EWR als «Trainingslager» für den Beitritt in die EU. Der Bundesrat von 2020, noch immer Gefangener seines «strategischen Zieles EU-Beitritt», will der Schweiz den Rahmenvertrag aufzwingen – wiederum als Trainingslager für den EU-Vollbeitritt.

Horizontenerweiterung ist dem Bundesrat in den letzten achtzehn Jahren offensichtlich nicht beschieden worden.

*

Die Bezeichnung «Mohrenkopf» sei, erfährt man, neuerdings verboten. Wie soll man das Ding denn fortan benennen? Etwa Merkelgast?

us

Ja zur Sicherheit unserer Bevölkerung

Mit kluger Kampagne «Air2030» auf Zielkurs

von Stefan Holenstein, Oberst i GSt, Präsident der Schweizerischen Offiziersgesellschaft (SOG)

Es sind jetzt noch rund sechzig Tage bis zur Abstimmung am 27. September 2020. Die Schweizerische Offiziersgesellschaft (SOG) engagiert sich zusammen mit ihren Mitgliedorganisationen, den 24 Kantonalen und 16 Fach-Offiziersgesellschaften vehement für die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge und somit für den Schutz der Bevölkerung und die Sicherheit unseres Landes. Was sich jetzt schon sagen lässt: Wir sind auf Kurs!



Die Corona-Krise lehrt uns, dass die Schweizer Milizarmee nicht nur Lösungen für die aus aktueller Sicht naheliegenden Viren- und Cyber-Attacken oder Klima- und Naturkatastrophen bereit halten, sondern als letzte Bastion eines neutralen, unabhängigen Staates für den nicht vorhersehbaren Verteidigungsfall gerüstet sein muss.

Luftverteidigung als Rückgrat der Milizarmee

Die letzten Monate haben uns in aller Klarheit vor Augen geführt, dass wir gegen Bedrohungen in allen Dimensionen bereit sein müssen, sei es am Boden, in der Luft oder im virtuellen Raum. Dabei ist und bleibt eine leistungsfähige, glaubwürdige Luftverteidigung, die den Schutz und die Sicherheit unseres Landes garantiert, das Rückgrat der Armee. Jetzt ist es definitiv an der Zeit, die Weichen für den Ersatz unserer technisch veralteten F/A-18 zu stellen. Spätestens 2030 ist ihr Nutzungsende erreicht. Es gibt schlicht keine Alternativen – weder Drohnen noch Kampfhelikopter noch Trainingsflugzeuge und auch nicht leichte Kampfflugzeuge, wie es uns die SP weismachen will. Denn entweder fehlt es an der nötigen Leistung, selbst für den Luftpolizeidienst, an der Sensorik oder an der ausreichenden Bewaffnung.

Dreistes Jonglieren mit Fantasiiezahlen

Was uns die Gegnerschaft, bestehend aus der «Gruppe für eine Schweiz ohne Armee» (GSoA), der SP und den Grünen, als selbsternannte Expertengruppe in den letzten Wochen an Falschinformationen und Fantasiiezahlen aufgetischt hat, ist an Dreistigkeit und Schamlosigkeit kaum zu übertreffen. Beispiel: Die gegnerischen «Experten» tricksen unaufhörlich Kosten von 24 Milliarden Franken herbei, indem sie die Betriebskosten über 30 Jahre zu den Beschaffungskosten von sechs Milliarden Franken munter hinzuaddieren. Beide, Beschaffungs- und Betriebs-

kosten, sind übrigens Bestandteile des ordentlichen Armeebudgets. Die maximal sechs Milliarden sind jedoch eine durchaus angemessene Versicherungsprämie, die wir für eine völlig ungewisse Zukunft zu investieren bereit sein müssen.

Sicherheitsbündnis Schweiz im Kampfmodus

Das starke, nationale Pro-Komitee «Sicherheitsbündnis Schweiz» (vgl. www.sicherheit-ja.ch) – bestehend aus einer breiten, schlagkräftigen Allianz aller bürgerlichen Parteien sowie aller relevanten Wirtschafts- und Milizverbände – hat seine Kadenz erhöht und noch vor den Sommerferien vom Vorbereitungs- in den Kampfmodus gewechselt. Dabei peilt es die folgenden wichtigen Zielgruppen an: Junge, Frauen und die urbane Bevölkerung, namentlich in der Romandie. Dass wir richtig unterwegs sind, belegt der Proteststurm der SP gegen den Auftritt unserer einzigen Kampfjetpilotin an der VBS-Medienkonferenz von Ende Juni. Klar ist auch: Das Pro-Komitee und mit ihr die SOG werden die Schlagzahl in den folgenden zwei Monaten mit durchdachten Aktionen und kraftvollen Aktivitäten sukzessive erhöhen.

Höchst bedauerliche Ablehnung der Zivildienstgesetz-Revision (ZDG)

Zum grossen Bedauern der SOG brachte der Nationalrat die ZDG-Revision «dank» eines unschönen, von der CVP initiierten Manövers am letzten Tag der Sesssion zu Fall. Damit wird der Grundsatz von Art. 1, wonach Dienstpflichtige, die den Militärdienst mit ihrem Gewissen nicht vereinbaren können, einen zivilen Ersatzdienst leisten können, weiterhin konsequent missachtet. Es herrscht Wahlfreiheit! Damit hat das Parlament völlig unnötig eine Baustelle eröffnet, indem es das jahrzehntelange Erfolgsmodell Milizarmee und -system in Frage stellt. Die SOG, die sich jahrelang vehement für eine ZDG-Revision eingesetzt hat, fühlt sich düpiert und erwartet sowohl von der Armee als auch vom VBS rasch konkrete Vorschläge und Lösungen, wie die personelle Alimentierungsmisere der Armee behoben werden kann.

Was zu tun bleibt

Im Endspurt liegt der Fokus der Arbeiten insbesondere in den Kantonen und in der wirkungsvollen regionalen Mobilisierung. Dieser trägt das flächendeckende Stützpunkte-Netzwerk in jedem Kanton, ein Verbund von bürgerlichen Parteien, Kantonalen und Fach-Offiziersgesellschaften, sowie lokalen Wirtschafts- und Interessenverbänden Rechnung. Es gilt, die argumentative Lufthoheit in den nächsten Wochen auf allen Kommunikationskanälen zu wahren und permanent aufzuzeigen, warum die Schweiz unabdingbar neue Kampffjets braucht.

Unterstützen Sie selber unsere Kampagne etwa wie folgt: Sponsoren Sie Flyer in Ihrer Gemeinde; laden Sie Ihre Freunde dazu ein, unsere Facebook-Seite mit «Gefällt mir» zu markieren; laden Sie Argumentarien, Präsentationen und Pocket Cards herunter; schreiben Sie Leserbriefe; überzeugen Sie Ihr Umfeld in Beruf und Freizeit oder bringen Sie sich selber mit eigenen, kreativen Ideen in Ihren kantonalen Stützpunkt ein. Ich bin überzeugt, dass wir viel zielführender und geschlossener unterwegs sind als noch 2014 bei der Gripen-Abstimmung. Nutzen wir unseren Elan, zeigen wir Flagge und kämpfen wir weiterhin resolut für ein klares Ja am 27. September. Jede Stimme zählt!

Stefan Holenstein



Das Büro Ha deckt auf!



Die NAN – die Naiven, Ahnungslosen, Netten – verneinen das Vorhandensein der Antifa. Die Regierung lehnt jede Diskussion vom Sofa aus ab. Es wird ausdrücklich nicht Kenntnis genommen von der Tatsache, dass auch in der Schweiz laufend Autos abgefackelt werden. Absichtliche Zerstörungen des Schwarzen Blocks werden in der Presse systematisch unterschlagen. Wenn ein rechtsbürgerlicher Politiker auf die latente Gefahr aufmerksam macht und vorsorgliche Anträge einreicht, wird er in den Dreck gezogen.

*

Für eine Veranstaltung (uns vorliegend) durften max. 300 Personen zugelassen werden. Mit (tol- len) Auflagen der Behörden. So gewährte der Veranstalter 290 Personen den Eintritt. Und siehe da: Eine Stunde nach Beginn wurden die «Zählma- schinen» eingehend kontrolliert. An den Antifa- Demos war keine «Kontrollbehörde» zu sehen. Eine Sauerei.

Tis Hagmann

**IN JEDER
SITUATION
DEN RICHTIGEN
SCHUTZ**

www.sicherheit-ja.ch

27. September

JA zur Beschaffung neuer Kampfflugzeuge

Jetzt für Kampagne spenden:

Verein für eine sichere Schweiz | Rubrik Kampagne Air 2030 | 6000 Luzern
CH33 0900 0000 1546 2725 2 | 15-462725-2

Mehr Europa durch weniger EU

Die Marktwirtschaft muss erhalten bleiben!

von Peter Boehringer, Mitglied des Deutschen Bundestages und Vorsitzender des Haushaltsausschusses

Der freie Handel mit wertstabilem Geld in einem rechtsstaatlichen und frei denkenden Umfeld ist Voraussetzung für Wohlstand – und dieser ist wiederum Voraussetzung für allgemeine Freiheit. Nach aller geschichtlichen Erfahrung darf eine Gesellschaft keine der Eingangsgrössen gutes Geld, Rechtssicherheit, Marktwirtschaft und freie Rede gefährden. Sonst gefährdet sie alle vier.



Leider geschieht genau dies derzeit umfassend. Die ökonomische und zugleich gesellschaftliche Ursünde war die Entkopplung des US-Dollars und damit aller anderen Weltwährungen vom Wertanker «Gold». Mit diesem Akt von US-Präsident Nixon am 15. August 1971 wurden alle bis dahin gültigen Versprechungen auf Tausch des Papiergeldes

gegen einen Realwert über Nacht gebrochen. Geld repräsentiert seitdem keine effektive Arbeit mehr. Die Folgen der dadurch ermöglichten hemmungslosen Kreditschöpfung sind inzwischen unübersehbar. Der US-Dollar hat seit 1971 über 97 Prozent, der Euro seit 1999 mehr als 80 Prozent der Kaufkraft gegenüber dem Gold verloren.

Mit der Aufgabe des vom Markt (d.h. von Milliarden Menschen) über Jahrhunderte hinweg bevorzugten Edelmetallgeldes wurde erstmals eine versteckte Umverteilung von Realwerten möglich. Dies zugunsten der Erstempfänger der heute von den Notenbanken im Monatstakt erzeugten Billionen. Dabei geht jedes Mass verloren: Mit Scheingeld wird alles käuflich, verzerrt. Die Herren des «realen Falschgeldes» können Aktien kaufen, Zinssätze manipulieren und so Immobilienblasen erzeugen, Demonstranten kaufen, Politiker bestechen, Lehrer ideologisch indoktrinieren, Wissenschaftsergebnisse über «Fördergelder» kaufen, jedwede Marktmanipulation erzeugen. Sie können dank unendlich tiefer Taschen länger als alle anderen durchhalten – und so letztlich alle Märkte sowie die Gesellschaft auf Abwege führen.

Genau diese Entwicklung erleben wir heute – nicht erst durch Corona – aber dadurch noch massiv beschleunigt. Falsche materielle Werte bringen falsche moralische und ethische Werte hervor. Jede zusätzliche Billion an legalem Falschgeld korrumpiert auf Dauer alle Institutionen und verzerrt jede objektive Berichterstattung. Allein für die vermeintlichen Rettungsaktionen im Zuge der überwundenen Corona-Krise haben die EZB, die EU und Deutschland mehr als drei Billionen Euro geschöpft bzw. Neu-Schulden aufgenommen. Diese horrende Summe wird planwirtschaftlich umverteilt von politischen Planbürokraten, die dafür weder kompetent sind noch über Informa-

tionen bezüglich der hoch komplexen Folgewirkungen verfügen. Zentrale Verwaltungswirtschaft kann und wird niemals funktionieren. Seit 1971 manipulieren die Zentralbanken als planwirtschaftlicher Fremdkörper in einem angeblich marktwirtschaftlichen System den Zins als zentrale Steuerungsgrösse allen Wirtschaftens. **Seither leben wir in einem Scheingeld druckenden «Geldsozialismus» (Roland Baader).**

Nur ein ungestörter Preisfindungsmechanismus ist in der Lage, spontane «Wissensteilung» und damit effiziente Arbeitsteilung zu ermöglichen. Planwirtschaft mit monopolistisch erzwungenem, ungedecktem Scheingeld ist ineffizienter als Marktwirtschaft mit wertstabilem Geld. **Man kann nur verteilen, was man zuvor effizient erwirtschaftet hat!** Besonders perfid ist, dass Umverteiler und Plan-Zentralisten die Schuld am kommenden Zusammenbruch des Scheingeldsystems schon heute der «bösen» Marktwirtschaft (wahlweise «dem Kapitalismus») in die Schuhe schieben wollen. Fallen wir bitte auf diese Täuschung nicht herein!

Falsches Geld führt zu schlechten Ideen: **Wir leben heute in Europa in einer Welt der «Green Deals», der hinter riesigen «Garantien» versteckten Insolvenzverschleppungen, der unkontrollierten Zuwanderung, des planwirtschaftlichen Machbarkeitswahns bis hin zur Beglückung der ganzen Welt mit Billionen an Scheingeld der EZB und des «Wiederaufbau-Fonds» von Frau Merkel und Herr Macron.** Soziale Wohltaten auf fremder Leute Kosten haben keinen moralischen Wert.

Der Schweiz, und inzwischen auch Grossbritannien, kann man nur gratulieren, dass sie sich von diesem Wohlstands- und inzwischen Friedens-gefährdenden Eliten-Konstrukt fernhalten! Immer mehr deutsche Bürger jenseits des Raumschiffs «Berlin-Mitte» sehnen sich heute nach Freiheit und Frieden ohne diese EU.

Der Brüsseler Moloch wird immer gefrässiger und damit totalitärer. Inzwischen frisst er die Grundlagen einer friedlichen und wohlhabenden Gesellschaft. Verteidigen wir darum das Recht, den Markt, die Freiheit, sowie das unzensierte Wort – für uns, unsere Kinder und für die folgenden Generationen.



Peter Boehringer,
MdB

Die Begrenzungs-Initiative – ein Muss

Aussenminister Cassis und Justizministerin Keller-Sutter (beide FDP) finden, dass die Schweiz nur überleben und Wohlstand haben kann mit einer engen Anbindung an die EU.

Dabei hat sich die Schweiz – gerade seit dem EWR-Nein – sehr viel besser geschlagen als die erfolgreichsten EU-Mitglieder. Wieder sind es heute die gleichen Parteien und Medien, die behaupten, eine Begrenzung der Zuwanderung führe zum wirtschaftlichen Abstieg der Schweiz. Etwas mehr Selbstbewusstsein täte unserem Bundesrat, unserem Parlament und auch unseren Medien gut. Denn wer sich unterwürfig benimmt, wird schlussendlich unterworfen – und hat auch nichts Besseres verdient!

Die Heuchler (CVP, FDP) haben den EU-Beitritt nur aus dem Parteiprogramm genommen, weil sie die klare Frage ans Volk «Wollt ihr der EU beitreten, ja oder nein?» fürchten. Deshalb streben sie Schritt um Schritt den Beitritt durch die Hintertür an. Die linken Parteien wollen durch den Beitritt den EU-Sozialismus in die Schweiz holen. Und die frühere «Wirtschaftspartei» FDP forciert den Beitritt mit der Behauptung, damit wirtschaftlichen Erfolg zu erzielen. Tatsächlich wächst die EU aber seit Jahren weniger als die Schweiz, der es viel besser geht, auch nach dem EWR-Nein. Es geht den von der FDP vertretenen Grosskonzernen sehr viel mehr darum, dass sie unbeschränkt Mitarbeiter aus der EU mit tieferen Löhnen rekrutieren können. Und weil die (älteren) Schweizer die Verlierer sind, hat Frau Keller-Sutter noch schnell ein Päckli zur Unterstützung von arbeitslosen Älteren geschnürt. Wer glaubte, mit ihr endlich eine liberal-konservative FDP-Bundesrätin zu erhalten, wurde bitter enttäuscht.

Alle heimlichen Befürworter eines EU-Anschlusses verteidigen ihre Haltung für die Personenfreizügigkeit mit dem Hinweis, dass sonst die sieben Bilateralen gekündigt würden. Das ist aber keineswegs sicher. Denn verlieren würde bei einer Kündigung vor allem die EU – insbesondere durch den Verlust des Verkehrsabkommens (Gotthard-Durchfahrt). Würde sie die Bilateralen dennoch kündigen, so hätte die Schweiz nach wie vor Zugang zum EU-Markt dank den Freihandelsverträgen von 1972.

Tatsache ist, dass alle Parteien, ausser der einen, es einfach hinnehmen, dass die EU immer mehr in unserem Land diktiert und dass wir unsere begrenzten natürlichen Ressourcen vergeuden und unsere Infrastruktur (Strassen, ÖV, Schulhäuser, Spitäler) immer mehr übernutzen. Der grosse Verlierer ist der Schweizer Normalbürger. Deshalb ist ein Ja zur Begrenzungsinitiative ein Muss.

Felix Zulauf, Zug



Begrenzungs-Initiative

- Volle Personenfreizügigkeit gilt seit 2007. Seither findet jährlich eine Nettozuwanderung zwischen 50'000 und 90'000 Personen statt.
- Die Begrenzungs-Initiative ist die Antwort der Bürgerinnen und Bürger auf die Nichtumsetzung des in der Verfassung verankerten Neins zur Masseneinwanderung.
- Die Begrenzungs-Initiative verankert in der Verfassung die Pflicht der Regierung, die Einwanderung in die Schweiz wieder eigenständig zu steuern.
- Dies ist zu erreichen via Neuverhandlung der EU Personenfreizügigkeit mit dem Ziel, der Schweiz die Entscheidungsfreiheit in der Einwanderungspolitik zurückzugeben.
- Verweigert sich die EU jeglicher Neuverhandlung, verlangt die Initiative die Kündigung des Personenfreizügigkeitsabkommens – allein des Personenfreizügigkeitsabkommens.

Ja zur Begrenzungs-Initiative

Erlebnisse aus 35 Jahren aktiver Politik (Teil 51)

Damals in der SVP

von Hans Fehr, a. Nationalrat, Eglisau ZH



«Zürich braucht dringend die Wende!» Unter diesem Titel richtet **Walter Frey**, Nationalrat und Präsident der SVP der Stadt Zürich, im September 1997 – im Hinblick auf die Gemeindewahlen 1998 – einen flammenden Appell an die Stimmbevölkerung der Stadt Zürich.

Er nennt dramatische Zahlen über den Verlust an Arbeitsplätzen, weniger Lehrstellen und zerrüttete Finanzen in der zunehmend rot-grünen Stadt. So wirke die äusserst grosszügige städtische Sozialhilfe wie ein Magnet: «Die Hälfte der Leute, die neu um Sozialhilfe nachsuchen, wohnen seit weniger als einem Jahr in der Stadt – und 20 Prozent seit weniger als drei Monaten. 1998 werden die gesamten Steuereinnahmen von den juristischen Personen in der Stadt Zürich nicht einmal mehr ausreichen für die Fürsorgeaufwendungen.» Frey prangert gleichermassen den städtischen Kriminalitätszuwachs von 31 Prozent innerhalb von zehn Jahren an, der massgeblich mit der starken Zunahme der ausländischen Bevölkerung zusammenhänge.

Die Bilanz von acht Jahren rot-grüner Herrschaft (seit 1990) sei verheerend: zerrüttete Finanzen, hohe Kriminalität, enormer Arbeitsplatzverlust, höhere Steuern, Abgaben und Gebühren. «Dies ist – auf den Punkt gebracht – das Resultat einer systematisch gegen die Wirtschaft gerichteten Politik!» erklärt Walter Frey.

Zudem habe die Stadtregierung während Jahren unrühmliches Aufsehen erregt mit der Duldung der verheerenden offenen Drogenszene, mit der Duldung von Hausbesetzungen, rechtsfreien Räumen und chaotischen Demonstrationen bzw. Saubannerzügen mit schweren Sachbeschädigungen sowie mit einem menschenunwürdigen Strafpunktesystem in städtischen Altersheimen. Darum, so Frey, brauche Zürich dringend eine bürger-

liche Mehrheit im Stadt- und Gemeinderat. «Sonst ist die wirtschaftliche und soziale Talfahrt dieser Stadt vorprogrammiert.»

Und tatsächlich kann die SVP im Frühjahr 1998 ihre Sitzzahl im 125-köpfigen Stadtparlament von 19 auf 26 steigern und mit der FDP gleichziehen. Ein Sitz in der Stadtregierung bleibt ihr aber weiterhin verwehrt.

Heute sieht die Situation bekanntlich noch bedenklicher aus: Stadtregierung und -parlament sind nach Greta stark links-grün dominiert, eine wirtschafts- und gewerbefeindliche Verkehrsverhinderungspolitik und ein unglaublicher Parkplatz-Abbau und -Verteuerungswahn haben Einzug gehalten. Unbewilligte Grossdemonstrationen mit Sachbeschädigungen und Angriffen auf Polizisten unter dem Siegel «Black Lives Matter» wurden trotz krasser Verletzung der Corona-Regeln toleriert, auch Hausbesetzungen sind weiterhin an der Tagesordnung. Und der Schweizer Pass wird vielen Ausländern geradezu nachgeworfen.



Analog zu Friedrich Schillers Wilhelm Tell, wo es heisst: «Wann endlich wird die Freiheit kommen diesem Lande?» ist heute zu fragen: «Wann endlich wird eine vernünftige bürgerliche Politik in dieser Stadt Einzug halten? Die Hoffnung, auch wenn sie derzeit klein ist, stirbt zuletzt.»

*

Am 28. September 1997 wird über die Volksinitiative «Jugend ohne Drogen» abgestimmt – es geht um die grundsätzliche Frage: «Wollen wir unsere Jugendlichen wirksam schützen, oder wollen wir Tür und Tor öffnen für die staatliche Abgabe und letztlich die Freigabe von Rauschgiften?» Nach den schlimmen Erfahrungen mit der liberalen und seit Jahren namentlich in der Stadt Zürich praktizierten «Laissez-faire»-Drogenpolitik will die Initiative endlich einen verantwortungsvollen, abstinenzorientierten Weg – mit zugleich präventiver Wirkung – in der Verfassung verankern.

Walter Frey, der die unhaltbare Situation in der Stadt Zürich als Stadtparteipräsident bestens kennt, plädiert vor 328 SVP-Delegierten in Russikon ZH mit einem flammenden Votum für die Initiative «Jugend ohne Drogen» und erreicht eine Zustimmung von 300:13 Stimmen. Gleichzeitig verwahrt sich Nationalrat **Ulrich Schluer** als Gemeindepräsident von Flaach in einem offenen Brief

«Das aktuelle Zitat»

Es gab noch nie eine Gesellschaft, die dermassen permissiv und zugleich repressiv gewesen ist. Alles geht, solange es dem Zeitgeist entspricht. Nicht einmal die Kirchen haben es gewagt, Bedenken gegen das Konzept ‚Ehe für alle‘ anzumelden. Eher würden sie jeden Mann und jede Frau exkommunizieren, der/die nicht an den menschengemachten Energiewandel glaubt.

Henryk M. Broder, Publizist, in der «Welt» vom 24. Juni

an Werner Wiesendanger, FDP, Fehraltorf ZH, damals Präsident des Zürcher Gemeindepräsidentenverbandes, gegen die eigenmächtige Nein-Parole des Vorstandes zu «Jugend ohne Drogen» im Namen des Verbandes. Dazu habe Wiesendanger weder ein Mandat noch habe eine Umfrage unter den Gemeindepräsidenten stattgefunden. Und Schlüer schreibt abschliessend: «Um unserer Missbilligung des eigenmächtigen Vorgehens des Vorstandes Nachdruck zu verleihen, treten wir dafür ein, dass die Beitragszahlungen an den Gemeindepräsidentenverband bis auf Weiteres suspendiert werden. Die Finanzierungslücke ist durch jene Vorstandsmitglieder persönlich aufzufüllen, welche die unzulässige Parolenausgabe zu verantworten haben.»

An der entsprechenden «Drogen-Arena» des Schweizer Fernsehens tritt Nationalrat **Toni Bortoluzzi** gegen Regierungsrat **Jörg Schild**, FDP/BS an. Als Bortoluzzi in der Sendung gemäss seinem Prinzip «Hoble statt Höbele» unmissverständlich klar macht, was er von Schilds Drogenliberalisierung hält («en fertige Quatsch»), meint dieser: «Loose Si, Härr Bortoluzzi, eso kene mer mitenander nit disggudiere, so het's kä Wärt!>

In der Volksabstimmung vom 28. September 1997 wird «Jugend ohne Drogen» leider deutlich abgelehnt. Damit ist das Problem jedoch in keiner Weise gelöst. Im Gegenteil: Der Liberalisierungskurs in der Drogenpolitik wird weitergeführt, mit unguten Folgen.
(Fortsetzung folgt)

Hans Fehr

KEIN MONOPOL DEM EU-SÜCHTIGEN MEDIEN-EINTOPF IN DER SCHWEIZ

Ich abonniere das «Schweizerzeit»-Magazin.
Preis bis Ende 2020: Fr. 40.–

Name/Vorname:

Strasse/Nr.:

PLZ/Ort:

Mail-Adresse:

Wenn Sie uns Ihre Mail-Adresse mitteilen, erhalten Sie zusätzlich kostenlos allwöchentlich unser aktuelles «Brisant» per Mail. Eine Weitergabe Ihrer Mail-Adresse findet nicht statt.

Datum:

Unterschrift:

Einsenden an: «Schweizerzeit», Postfach 54, 8416 Flaach,
Tel.: 052 301 31 00, Fax 052 301 31 03
E-Mail: abonnement@schweizerzeit.ch

Wir suchen freiwillige Helferinnen und Helfer

Vor uns steht – mit der Abstimmung über die Begrenzungs-Initiative, mit dem gleichzeitigen Aufbau der «Aktion SOS-KMU» – ein äusserst arbeitsreiches drittes Quartal 2020.

Sind Sie bereit, dem «Schweizerzeit»-Team für aufwändige Zusatzarbeiten wie umfangreiche Versände in freiwilliger Arbeit unter die Arme zu greifen – zum Beispiel im August und September mindestens zwei Tage pro Woche?

Herzlichen Dank zum Voraus!

Ulrich Schlüer, Verlagsleiter

Tel. 052 301 31 00

Die «Schweizerzeit»-Agenda

Freitag, 24. Juli 2020, 10.30 – 15.30 Uhr

Eine Veranstaltung zur Schlacht bei Murten

Spurensuche mit Dr. phil. Jürg Stüssi-Lauterburg, Historiker, Windisch/AG
Treffpunkt: Car-Terminal Neufeld, Studerstrasse, 3012 Bern
Veranstalter: gilets-rouges.ch, auns.ch

Dienstag, 18. August 2020, 19.30 Uhr

Info-Abend «Ja zur Begrenzungs-Initiative»

Mit Werner Gartenmann, Auns, und Ulrich Schlüer, «Schweizerzeit»
Gasthof zum Schützen, Schachenallee 39, 5000 Aarau/AG
Veranstalterinnen: Auns und «Schweizerzeit»

Mittwoch, 19. August 2020, 19.00 Uhr

SVP bi de Lüüt

Mit Nationalrat Bruno Walliser, Volketswil/ZH
8302 Kloten ZH, (Details folgen)
Veranstalterin: SVP Kloten

Mittwoch, 26. August 2020, 19.15 Uhr

Das Verschwinden der Schweizer

Vortrag von Dudo Erny, Publizist
Restaurant Kleefeld, Mädergutstrasse 5, 3018 Bern
Veranstalterin: «Schweizerzeit»

Donnerstag, 27. August 2020, 19.30 Uhr

«Ja zur Schweiz»

Mutiert die Schweiz zur linksgrünen Volksrepublik?
Vortrag von Ulrich Schlüer, «Schweizerzeit»
Landgasthof Sonne, Haus der Freiheit, Wintersberg, 9642 Ebnet-Kappel/SG

Samstag, 29. August 2020, 10.30 – 15.30 Uhr

Auns-GV

34. ordentliche Mitgliederversammlung
Mehrzweckhalle Kaserne Bern, Papiermühlestrasse 13, 3014 Bern/BE

BESTSELLER

Büchertisch

SCHWEIZ



Seid ihr noch ganz bei Trost!

*Schluss mit Sprachpolizei und
Bürokraten-Terror*

Peter Hahne

Während die Welt einer den ganzen Erdball erfassenden Wirtschaftskrise entgegentaumelt, gibt es hierzulande «Fachpersonen», die noch immer – im Dienste angeblicher Gendergerechtigkeit – Sprachpolizei zu spielen sich anmassen. Andere huldigen einem angeblichen «Klimaschutz», der für sie Religionsersatz zu sein scheint. Der Autor beschreibt nicht nur die Exzesse spitzfindiger Rechthaberei, er entlarvt entsprechende Zeiterscheinungen und deren Bürokratisierung vielmehr als das, was sie sind: Schwachsinn!

*Quadruga/Bastei Lübbe, Köln 2020, 128 S., geb.,
(Richtpreis Fr. 17.50)*

Ihr Preis bei der «Schweizerzeit»: Fr. 16.60

AKTUELL



George Soros

*Der Multimilliardär, sein globales Netzwerk
und das Ende der Welt wie wir sie kennen*

Andreas von Rényi

Der Name George Soros ist in aller Munde – als Milliardär, der sich notorisch mit massiven Summen in die Politik einmischt. Was ist Gerücht – was ist Wahrheit? Ist, wer Zweifel am Wirken von Soros äussert, ein «Weltverschwörer»? Darüber fliessen reichlich Rede und Gegenrede. Ein interessantes Buch bringt dazu die Fakten: Zu Leben, Wirken und Haltungen des Polit-Milliardärs George Soros.

*Kopp, Rottenburg 2016, 271 S., geb., ill., (Richtpreis Fr. 14.50)
Ihr Preis bei der «Schweizerzeit»: Fr. 13.80*



Der letzte Feind

Roman

Giuseppe Gracia

Ein weltanschaulich und politisch brisanter Roman erlaubt einen Blick in die Zukunft. Ein neuer Papst will das Dritte Vatikanische Konzil eröffnen. Mehrere tausend Geistliche aus aller Welt reisen nach Rom, ausnahmslos verwickelt in tiefgreifende Meinungsverschiedenheiten und Richtungskämpfe. Es kommt zu Todesfällen, sogar zu einem Anschlag. Giuseppe Gracias philosophischer Thriller zwischen Technikgläubigkeit und Christentum zeigt eindrücklich: Mehr als bloss die Zukunft der Kirche steht derzeit auf dem Spiel.

*Fontis, Basel 2020, 255 S., borsch., (Richtpreis Fr. 25.50)
Ihr Preis bei der «Schweizerzeit»: Fr. 24.20*



Eine Weltreise durch die Schweiz

Sieh, das Gute liegt so nah

Artur Kilian Vogel

2020: Das Jahr, da Ferien in der Schweiz angesagt sind. Ein neuer Bildband zeigt, dass die Schweiz alles zu bieten hat, womit die Welt Touristen anzulocken versucht. Ein Bildband voller Vorschläge für interessante, unterhaltende, erquickende Besuche von Sehenswürdigkeiten in der Schweiz – immer und manchmal bewusst provozierend verglichen mit Schönheiten, die weltweit den Touristen verheissen werden.

*Wörterseh, Lachen 2020, 136 S., geb., reich ill., Grossformat,
(Richtpreis Fr. 34.90)*

Ihr Preis bei der «Schweizerzeit»: Fr. 33.15

BUNDESRÄTE

Bundesrat Philipp Etter
(1891-1977)

Thomas Zaugg

Philipp Etter wurde 1934 Bundesrat – als die Bedrohung der Schweiz aus dem Norden greifbar wurde. Etter prägte die Vorkriegszeit, die Kriegszeit und wirkte noch vierzehn Jahre lang an der Nachkriegsentwicklung der Schweiz prägend mit. Er war autoritär, folgte konsequent immer wieder öffentlich beschworenen Grundsätzen. Er erbrachte bedeutende Leistungen insbesondere auch auf kultureller Ebene. Er förderte nachdrücklich die ETH, aber auch die Sozialwerke AHV und IV. Als katholisch-konservativer Intellektueller prägte er Kriegs- und Nachkriegszeit der Schweiz.

*NZZ Libro/Schwabe, Basel 2020, 767 S., geb., ill.,
(Richtpreis Fr. 58.–)*

Ihr Preis bei der «Schweizerzeit»: Fr. 55.10



Staatsmann im Sturm

Pilet-Golaz und das Jahr 1940

Hanspeter Born

Bundesrat Pilet-Golaz, im Entscheidungsjahr 1940 Aussenminister der Schweiz, ging als Anpasser in die Schweizergeschichte ein. Er stand – in deutlichem Gegensatz zum konsequent auf Eigenständigkeit und Wehrwille pochenden General Guisan – für mehr Rücksichtnahme auf den Angreifer im Norden ein. Viele warfen ihm verräterische Haltung vor. Ein neues Buch versucht, dem Umstrittenen gerecht zu werden, auch Verdienste am Überleben der Schweiz in gefährvoller Zeit hervorzuheben. Ob die Rehabilitierung gelingt, mag der Leser entscheiden.

*Münster, Basel 2020, 512 S., geb., ill., (Richtpreis Fr. 29.80)
Ihr Preis bei der «Schweizerzeit»: Fr. 28.30*

HÖRBUCH



Lieber zuhören statt lesen – unser heutiger Hörbuch-Vorschlag:



Martin Salander

Gottfried Keller

Nachdem der Sinus-Verlag in Kilchberg ZH das Gesamtwerk Conrad Ferdinand Meyers auf Hörbüchern herausgegeben hat, erscheinen von Sinus jetzt Etappe um Etappe die Werke Gottfried Kellers.

Seit kurzem ist der Roman «Martin Salander» greifbar.

Ein eindrückliches Werk, eine tiefgreifende, Hörer und Leser packende Auseinandersetzung zu politischen Entwicklungen in der jungen Schweizer Demokratie. Die Bundesverfassung hat Mitte des 19. Jahrhunderts Aufbruchstimmung ausgelöst – aber dann nicht nur blühende Entfaltung von freiem wirtschaftlichem und gesellschaftlichem Leben bewirkt. Gottfried Keller, Realist, im Alter auch zu Pessimismus neigend, stellt meisterhaft dar, wie auch grossmäulige Aufschneider, selbst betrügerische Konkursiten sich in der jungen Republik in Ämter mischeln konnten. Ihre Entlarvung gelingt nur, wenn jede Generation ihre selbstlose Leistung für die Allgemeinheit immer von neuem wieder unter Beweis stellt.

Sinus-Verlag, Kilchberg 2020, 2 MP3-CDs, Laufzeit 12 Std. 50 Min, 2 Textbücher (Richtpreis Fr. 59.80)

Ihr Preis bei der Schweizerzeit: Fr. 56.80

Hörbücher: Beste Unterhaltung auf langen Autofahrten und beruhigende Medizin gegen Stau-Ärger

BUCHZEICHEN



Corona – Fehlalarm?

Zahlen, Daten und Hintergründe

Dr. Karina Reiss/Dr. Sucharit Bhakdi

Zunächst wurde mit allerlei Machenschaften versucht, das Erscheinen dieses wichtigen Buches zu verhindern. Denn dieses Buch übt nachdrücklich und sachlich gut belegt Kritik an

Vielem, was Regierungen im Vollmachten-Regime als angebliche Corona-Bekämpfung durchgesetzt haben. Es leuchtet aus, wie sich Exekutive und Verwaltung auch nicht bloss Pandemie-bekämpfende Vollmachten anzueignen versucht haben. Auch die Berichterstattung, devote Gefolgschaft der Medien «den Mächtigen» gegenüber, wird in diesem brisanten Buch durchleuchtet: Werden Statistiken, Prognosen und Behauptungen objektiv oder tendenziös bewertet oder unbesehen zu Handlungsanweisungen erhoben?

Dieses Buch wurde zum Spiegel-Bestseller. Es liefert bitternotige Gegen- und Ergänzungsinformation.

us

Dr. Karina Reiss/Dr. Sucharit Bhakdi: «Corona – Fehlalarm? – Zahlen, Daten und Hintergründe». Goldegg, Berlin 2020, 159 S., brosch., ill., (Richtpreis Fr. 20.90)
Ihr Preis bei der «Schweizerzeit»: Fr. 19.85

Bestellschein

Schweizerzeit

Bestseller

☐ Peter Hahne – Seid ihr noch ganz bei Trost! à Fr. 16.60

Aktuell

☐ Andreas von Rényi – George Soros à Fr. 13.80

☐ Giuseppe Gracia – Der letzte Feind à Fr. 24.20

Schweiz

☐ A. K. Vogel – Eine Weltreise durch die Schweiz à Fr. 33.15

Bundesräte

☐ Thomas Zaugg – Bundesrat Philipp Etter à Fr. 55.10

☐ Hanspeter Born – Staatsmann im Sturm à Fr. 28.30

Hörbuch

☐ Gottfried Keller – Martin Salander à Fr. 56.80

Buchzeichen

☐ Dr. Karina Reiss/Dr. Sucharit Bhakdi – Corona à Fr. 19.85

Bestellung an:

«Schweizerzeit»-Bücherdienst, Postfach 54, 8416 Flaach

Tel. 052 301 31 00, Fax 052 301 31 03, buechertisch@schweizerzeit.ch

Der «Schweizerzeit»-Bücherdienst kann Ihnen jedes vom Buchhandel lieferbare Buch vermitteln. Die Versandkosten für Sendungen bis Fr. 100.– betragen Fr. 8.–, Sendungen über Fr. 100.– sind versandkostenfrei.

(13/03.07.2020)

Name/Vorname

Strasse/Nr.

PLZ/Ort

Tel.-Nr.

Datum

Unterschrift



DIE «SCHWEIZERZEIT» AM FERNSEHEN

Sendungen jeden Freitag 21.00–22.00 Uhr auf «Schweiz5»

Freitag, 17. Juli 2020	Stammtisch-Live	Offengelegte und verdeckte kriminelle Tatbestände Ulrich Schlüer im Gespräch mit Markus Melzl, ehemaliger Kriminalkommissar und Mediensprecher der Staatsanwaltschaft Basel-Stadt
Freitag, 24. Juli 2020	Magazin	Weg mit Einheimischen – lieber billige Ausländer Diskussion zur Entlassungs-Rente mit Ulrich Schlüer und Manuel Strupler, Nationalrat TG
Freitag, 31. Juli 2020	Stammtisch	Die Wirtschaft zur Begrenzungs-Initiative Ulrich Schlüer diskutiert mit Martin Janssen, Prof. für Finanzmarktökonomie und Esther Friedli, Nationalrätin SG
Freitag, 7. August 2020	Landmann-Talk	Der Ordnungspolitiker aus Küsnacht: Hans-Peter Amrein im Gespräch mit Valentin Landmann

Öffentliche Aufzeichnungen / Live-Sendungen im «Haus der Freiheit», Wintersberg/Ebnat-Kappel

Freitag, 17. Juli 2020 17.00 Uhr	Stammtisch	Die Wirtschaft zur Begrenzungs-Initiative Ulrich Schlüer diskutiert mit Martin Janssen, Prof. für Finanzmarktökonomie und Esther Friedli, Nationalrätin SG
Freitag, 17. Juli 2020 21.00 Uhr	Stammtisch-Live	Offengelegte und verdeckte kriminelle Tatbestände Ulrich Schlüer im Gespräch mit Markus Melzl, ehemaliger Kriminalkommissar und Mediensprecher der Staatsanwaltschaft Basel-Stadt



Die nächste «Schweizerzeit»
erscheint am

14. August 2020

Schweizerzeit

Impressum

Herausgeberin: «Schweizerzeit» Verlags AG,
8416 Flaach, PC-Konto 84-3870-9
IBAN: CH95 0900 0000 8400 3870 9
BIC: POFICHBEXXX

Verlagsleitung: Ulrich Schlüer

Redaktion: Postfach 54, 8416 Flaach

Telefon: 052 301 31 00

Telefax: 052 301 31 03

redaktion@schweizerzeit.ch

www.schweizerzeit.ch

Leitung: Ulrich Schlüer, Hans Fehr

Mitarbeiter: Samuel Balsiger, Karl Eckstein,
Patrick Freudiger, Thomas Fuchs, Alex Grendelmeier,
Tis Hagmann, Hermann Lei, Anian Liebrand, Markus
Melzl, Charly Pichler, Thorsten Polleit, Joël Thüring

Finanzen, Organisation: Denise Betschart

Inserate: Markus Rezzonico, 079 332 61 61

Layout, Druck: Dietschi Print&Design AG,
Ziegelfeldstrasse 60, 4601 Olten,
T 062 205 75 75, info@dietschi.ch

Einzelpreis: CHF 4.–, erscheint 14-täglich

Jahresabonnement: mind. CHF/EUR 80.–

Das Positive im Herzen tragen

Neben vielen aufbauenden und dankbaren Rückmeldungen aus der Leserschaft, die mich jedes Mal aufs Neue aufstellen, kriegen wir «Schweizerzeit»-Autoren zuweilen auch zu hören, dass sich unsere Texte meist um Negatives, um die Thematisierung und Behebung von Missständen drehen. So sei man zwar sehr froh, dass sich die «Schweizerzeit» so vielen Themen annehme, denen andere Medien lieber aus dem Weg gehen. Die Lektüre lasse einen aber nicht selten verärgert und aufgewühlt zurück.

Ich gebe ehrlich zu: Diese Leser haben nicht Unrecht. Aus bürgerlich-konservativer Sicht gibt es an der politischen und gesellschaftlichen Lage unseres Landes in der Tat wesentlich mehr zu kritisieren als zu loben. Wir sind nun mal nicht in der Position, die vorherrschenden Verhältnisse zu würdigen, sondern stören uns an vielen Fehlentwicklungen auf allen Ebenen.

Auch wenn es unser Auftrag ist, Gegensteuer zu geben und wir dadurch unsere Leser Ausgabe für Ausgabe aufwühlen müssen, möchte ich diese Kolumne für einmal ausdrücklich dafür nutzen, um das Positive hervorzuheben und all jenen Mut zu machen, die – verständlicherweise – manchmal das Gefühl haben, der Widerstand lohne sich längst nicht mehr.

Denn auch diese Stimmen höre ich in den letzten Jahren verstärkt: Bürgerinnen und Bürger, die sich jahrelang für unsere

Anliegen stark gemacht haben und dann ungläubig beobachten müssen, wie Bundesbern Volksentscheide wie die Masseneinwanderungs- und Ausschaffungsinitiative einfach nicht umsetzt – und damit noch durchkommt! Wem kann man es verübeln, dass man sich ob dieser Machenschaften angewidert aus dem «politischen Drecks-geschäft» zurückziehen will?

Ich gebe jedem Recht, der «die Schnauze voll» hat und den Sinn des dauernden «Abwehrkampfes» hinterfragt, in den die SVP, die «Schweizerzeit» und andere von den Wirren des Zeitgeists hineingezogen werden. Aufgeben kann aber trotz allem nie die Alternative sein. In Momenten des Zweifels besinne ich mich jeweils auf das Wesentliche und rufe mir in Erinnerung, wofür wir «das alles» tun. Wir engagieren uns nämlich nicht zum Selbstzweck, sondern für etwas Gutes – die Schweiz als wohlhabendes Land mit Identität und ihrer Natur. Unser Antrieb muss stets das positive, konstruktive Motiv sein, dann gelingt es uns auch, mit Niederlagen umzugehen und sie als Charakterprüfung zu verstehen.

In diesem Sinne, liebe Leserinnen und Leser, wünsche ich Ihnen eine erholsame Sommerzeit mit Musse und vielen Freiräumen, in denen Sie von allem Negativen Abstand nehmen können. Ich hoffe, dass Sie danach gestärkt in den Alltag zurückkehren.
Anian Liebrand

**Schluss
Punkt**